

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Schulzeitung. 1860-1933 1904

33 (13.8.1904)

Badische Schulzeitung.

Bereinsblatt

des Badischen Lehrervereins, des Witwen- und Waisen-Stifts und des Pestalozzi-Vereins
mit monatlich erscheinender „Literarischen Rundschau.“

Erscheint jeden Samstag. Preis vierteljährlich in Bühl
1 Mark, bei der Post oder unter Kreuzband 1 Mark 40 Pf.
Anzeigen 20 Pf. die viergespaltene Zeile.

Verantwortliche Leitung:
L. Göckel,
Heidelberg, Kleinschmidstr. Nr. 23.

Anzeigen und Beilagen sind an die Verlagsbuchhandlung der
Kriegsgesellschaft K o n i g s b e r g in Bühl (Baden) zu senden
alles übrige an die Zeitung.
Gratis-Beilagen jährlich 2 Kataloge.

33.

Samstag, den 13. August

1904.

Inhalt: Universität und Volksschullehrerbildung. — Rückblick und Ausblick auf das bad. Schulturnen. (Fortf.) — Die Volksschul-
debatte in der II. Kammer des badischen Landtags (Schluß.) — Vorschläge für unsere Taktik. — Zur Frage der Taktik. — Verschiedenes. —
Totentafel. — Badischer Lehrerverein. — Lehrerkreisbibliothek in Offenburg. — Briefkasten. — Vereinstage. — Anzeigen.

Universität und Volksschullehrerbildung.

Vortrag,

gehalten auf der deutschen Lehrerversammlung in Königsberg.
Von Karl Rütjesius.

An der Stätte, da die Volksschullehrerschaft Alldeutsch-
lands diesmal ihre Beratungen pflegen will, umschweben uns
die Geister großer Männer. Lassen Sie uns den Genius
dreier anrufen, daß er uns für den Gegenstand der Verhand-
lung, den einzuleiten mich der geschäftsführende Ausschuß
berufen hat, ein Leitstern sein möge. Kant, Herder und
Herbart: das ist das Triumvirat, unter dessen Geistesfittiche
wir uns stellen wollen; der größte Lehrer, der je eine Lehr-
kanzle der Albertina geziert, der größte Schüler, dem sie
ihre Pforten erschlossen, und jener Philosoph, der beinahe
ein Vierteljahrhundert auf dem Lehrstuhle Kants wirkend,
unser Berufswissenschaft, der Pädagogik, eine achtungsgebietende
Stelle im akademischen Lehrplan errang.

Kant hat das Wort geprägt: „Erziehung ist das größte
Problem und das schwerste, was dem Menschen kann auf-
gegeben werden.“

Als dem 25jährigen Herder der Wirkungskreis in Riga
zu eng wurde, verließ er in einer Art genialischer Unbe-
lümmertheit um die Zukunft seines Lebens Katheder und
Kanzel und schiffte hinaus in den Ozean, zunächst selbst nicht
wissend, wohin. Hier, zwischen Himmel und Meer schwebend,
wie erweiterte sich die Sphäre seines Anschauens und Denkens!
Alles gab „dem Gedanken Flügel und Bewegung und weiten
Luftkreis“. Und was war's, das seine Seele immer von
neuem bestürmte? Das große Problem von der „Aufweckung
der Menschheit“. Zyklopische Gedankenmassen warf er auf
die Blätter seines Reisetagebuches, der Plan einer Idealschule
erstand vor seinem Geiste. „Welch ein großes Thema“, ruft
er aus, „zu zeigen, daß man, um zu sein, was man sein
soll, weder Jude noch Araber, noch Grieche, noch Wilder,
noch Märtyrer, noch Wallfahrer sein müsse, sondern eben
der aufgeklärte, unterrichtete, seine, vernünftige, gebildete,
tugendhafte, genießende Mensch, den Gott auf der Stufe
unserer Kultur fordert“. So stand ihm in großen Umrissen
schon damals fest, was er als den eigentlichen Beruf seines
Forscher- und Kämpferlebens angesehen hat: mitzuwirken an
der Entwicklung der Menschheit zur Menschlichkeit. „Was
zum Charakter unseres Geschlechts gehört, jede mögliche Aus-
bildung und Bervollkommnung desselben, dies ist das Objekt,
das der humane Mann vor sich hat, wonach er strebt, wozu
er wirkt. Da unser Geschlecht selbst aus sich machen muß,

was aus ihm werden kann und soll, so darf keiner, der zu
ihm gehört, dabei müßig bleiben. Er muß am Wohl und
Weh des Ganzen teilnehmen und seinen Teil Vernunft, sein
Pensum Tätigkeit mit gutem Willen dem Genius seines
Geschlechts opfern. Zum Besten der gesamten Menschheit
kann niemand beitragen, der nicht aus sich selbst macht, was
aus ihm werden kann und soll. . . . Wir alle tragen ein
Ideal in und mit uns, was wir sein sollen und nicht sind;
die Schlacken, die wir ablegen, die Form, die wir erlangen
sollen, kennen wir alle . . . , so wird notwendig unser ganzes
Leben eine Schule oder ein Übungsplatz der Humanität.“

Und endlich Herbart! In einem Vortrag, gehalten
in der Kgl. Deutschen Gesellschaft in Königsberg, bezeichnet
er das Heil der Erziehung davon abhängig, daß die Kunst
des Erziehens ein Künstler ausübe. „Jenem verderblichen
Wahne, daß Erziehen und Bilden jeder von selbst ver-
stehe, der Vater oder Gelehrter oder Staatsmann sei, was
soll man ihm entgegensetzen? Was, wenn es nicht hinreicht,
zu erinnern an die genaue Kenntnis der menschlichen Natur,
nicht in ihrer gewöhnlichen Beschränktheit und Verdorbenheit,
sondern in ihrer ursprünglichen, unendlichen Bildungsamkeit; an
die Durchforschung aller Verhältnisse des mannigfaltigen
Wissens zu den verschiedenen Interessen der Menschen; an
die Beurteilung der höchst verschiedenartigen und vielfältigen
Bedingungen, unter denen die Charakterbildung, insbesondere
die sittliche Charakterbildung, steht. . . . Alles dieses muß
dem Erzieher geläufig sein, und damit muß er noch den
feinsten Beobachtungsgeist, die engste Anschließung an das
Individuum verbinden. . . . Möchte man also statt jenes
schädlichen Selbstvertrauens lieber behaupten, es habe noch
keiner unter den Menschen Pädagogik, diese tiefe Wissenschaft,
Erziehungskunst, diese schwere und nie auszulernende Kunst,
wirklich verstanden.“

Wozu aber jetzt die Zeugen einer weit hinter uns
liegenden Zeit anrufen? Herders Humanitätsideal ist nicht
mehr in allen Zügen das unsere, Kant hat den Humanitäts-
begriff seines einstigen Schülers alsbald nach dem Erscheinen
von dessen Hauptwerk, den Ideen zur Philosophie der Ge-
schichte der Menschheit, als schillernd und widerspruchsvoll
abgelehnt, und abgesehen davon fordert unser heutiges Em-
pytaden einen noch stärkeren Einschlag des völkischen und
nationalen Elements; von Herbart's philosophischem System
sind wesentliche Stützen, auf die er gerade seine Pädagogik
gründete, dahingesunken. Aber geblieben ist doch von alledem
die Idee einer fortschreitenden Veredelung der Menschheit:
ohne die Hoffnung, mit der man die Jugend beschaut, wer

möchte die Kälte des Gedankens ertragen, daß die Welt doch bleiben werde, wie sie ist; geblieben ist die Ueberzeugung, daß derjenige, der sein Tun in den Dienst dieser Veredelung stellen will, sich selbst, seine Persönlichkeit in ihrem ganzen Umfange, zu möglichster Vollkommenheit, zur edelsten Menschlichkeit emporläutern müsse.

Das sind Gegenwartswerte, heute so giltig wie damals, ja heute und in Zukunft von noch größerer Wichtigkeit als damals. Ob wir Volksschullehrer sie für uns in Anspruch nehmen dürfen, das hängt allerdings von einer Voraussetzung ab.

Vor einigen Jahren erschien ein Buch mit dem anziehenden Titel *Erziehung und Erzieher*. Es überraschte aber die pädagogische Welt mit der Eröffnung, daß zwischen den Schulen für die große Masse des Volkes und denen für die gebildete Schicht eine historisch gewordene und im Wesen der Sache liegende, also auf alle Fälle durchaus begründete und zu Recht bestehende, darum aber auch unüberbrückbare Kluft befestigt sei. Der Volksschule würden die Kinder übergeben „zur Einübung technischer Fertigkeiten, zu einer Gewöhnung, die in allen wesentlichen Bestandteilen gleichförmig und unerlässlich vorgezeichnet ist“. Der „wissenschaftliche Unterricht der gymnastischen Klassen“ aber „sei berufen „zur Entwicklung des Wissens, des Charakters, der Gesinnung, der Erziehung im höchsten Sinne des Wortes“. Deshalb habe der Volksschullehrer „auf elementare, zum großen Teil auf mechanische Tätigkeiten alle seine Kräfte zu verwenden; in dem Stoffe, den er zu lehren hat, ist wenig oder nichts, was sein Interesse reizen oder anspornen könnte“, und die Anforderungen, die infolgedessen an ihn zu stellen seien, die Merkmale, die sein eigentliches Wesen ausmachen, erschöpfen sich in den Worten: „1. Geduld, 2. Selbstbeschränkung und Entfagung, 3. Liebe zu den Kindern“.

So malte ein Vertreter des höheren Lehrstandes am Beginn des 20. Jahrhunderts das Bild des Volksschullehrers! Und dürfen wir uns durch den Glauben beruhigen lassen, daß das eine vereinzelt Stimme sei? Schuldigen nicht alle diejenigen seiner Berufsgenossen, die in den letztvergangenen Monaten ihre Gedanken und Gesinnungen über die Volksschullehrer, über ihre Aufgabe und ihre Bildung, über ihr Vorwärtstreben offenbart haben, den gleichen Anschauungen? Fließen nicht die Urteile, die im vorigen Jahre im preussischen Abgeordnetenhaus und der II. bayerischen Kammer, vor wenigen Wochen im braunschweigischen Landtage über weitergehende Bildungsbedürfnisse der Lehrer gefällt worden sind, aus der gleichen Quelle?

Da fürchten die einen, denen nach dem Gange der geschichtlichen Entwicklung bisher meist die Aufsicht über die Schule in die Hand gegeben war, von der Mündigsprechung des Volksschullehrers eine Einschränkung ihrer Machtsphäre; da sehen viele Vertreter herrschender politischer Parteien in dem nach geistiger Freiheit ringenden Lehrer den unbequemen Emporkömmling, der sich nicht mehr wohlfühlen will in dem patriarchalischen Verhältnis, in dem er zumeist bisher zu ihnen stand; da betrachtet der Stand, von dem wir wegen der inneren Verwandtschaft, in der sein Beruf zu dem unsern steht, zuerst verständnisvolle Teilnahme erwarten sollten, unsere Bestrebungen unter dem Gesichtspunkte des unlauteren Wettbewerbes. So ist also der alte Kampf noch nicht ausgekämpft: die „neidische Maxime“ hat auch gegenwärtig noch ihre Anhänger, bald hierarchische, bald politische, bald ständische Selbstsucht versucht auch heute noch, die Bildung des Lehrers, und damit im letzten Grunde die des Volkes, in engen Grenzen zu halten, bald unter dem Vorwande, höhere Interessen zu schützen, bald unter der Maske des Wohlwollens.

Und wenn man bedenkt, daß es fast ausnahmslos Männer mit akademischer Bildung sind, die sich in so scharf ausgesprochenen Gegensatz stellen zu unsern Bestrebungen und den Grundanschauungen, aus denen sie hervorgehen, die es oft nicht einmal für nötig halten, sich ausreichend sachlich zu orientieren, ehe sie urteilen, die sich in Wendungen wie „impotenter Ehrgeiz“, „maßlose Selbstüberschätzung“ gefallen, ihre Urteile also unter Verleugnung aller Humanität absichtlich in eine verletzende Form kleiden: so möchte man beinahe irre werden in der Wertschätzung der akademischen Bildung und Zweifeln Raum geben, ob sie wirklich für die Lehrer erstrebenswert sei. Wenn das Wirkungen der Salbung mit akademischem Öl sind, so müßte man annehmen, das Wort Kants, daß „die Akademien mehr abgeschwackte Köpfe in die Welt schicken, als irgend ein anderer Stand des gemeinen Wesens“, bestehe auch heute noch einigermaßen zu seinem Recht. Ich verstehe es namentlich von diesem Gesichtspunkte aus, wenn der Referent über unser Thema in der Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens zu Hamburg zu dem Ergebnis kam, die Universität sei nicht die geeignete Stätte für die Volksschullehrerbildung, ich verstehe die Zurückhaltung, mit der kürzlich der dem Lehrerstand angehörende Abgeordnete Wolgast im preussischen Abgeordnetenhaus die Frage streifte, dabei betonend, „wenn die Universitätsbildung der Volksschullehrer dahin führen sollte, daß die Volksschullehrer nicht mehr aus dem Volke genommen würden“, d. h. daß der Zusammenhang zwischen den Lehrern und den breiten Schichten des Volkes gelockert würde, so müsse man das sehr bedauern.

Und dennoch! Es gilt auch hier:

Allen Gewalten
zum Trotz sich erhalten,
nimmer sich beugen,
kräftig sich zeigen!

Unser Streben, die Volksschullehrerbildung in Verbindung zu bringen mit den höchsten Bildungsanstalten des Staates, gründet sich auf die Ueberzeugung von der trotz aller ständischen Gliederung des Volkskörpers bestehenden Gleichheit der Menschenrechte. Das kostbarste aller Menschenrechte ist aber das Recht auf Bildung. Es ist einer der stehfestesten Gedanken der modernen Zeit, daß dieses Recht keiner Schicht des Volkes vorenthalten werden kann und vorenthalten werden darf. Je nach den Gaben seines Geistes kann und soll ein jeder, der eines Menschen Antlitz trägt, teilhaben und teilnehmen an allen Geistesgütern, an allem, was in Wissenschaft, Kunst und Kultur an Bildungsgut aufgespeichert ist.

Daraus folgt aber mit Notwendigkeit die Einheit des gesamten Bildungswesens. Unbeschadet aller Verschiedenheiten in den Bildungsveranstaltungen, unbeschadet aller weitgehenden Differenzierungen des Schulwesens muß als einigendes Band der Zweck der Geistesbildung festgehalten werden, und zwar nicht in dem Sinne bloßer Wissensanhäufung, sondern in dem einer veredelnden, emporziehenden Macht.

Es erübrigt sich in unserm Kreise ein näheres Eingehen auf diese Grundanschauung. Auf ihr beruht das Prinzip der Reformation vom allgemeinen Priestertum, aus ihr ist der Bildungsplan hervorgegangen, den ein Comenius mit genialer Hand entwarf, auf ihr ist das Ideal der Volksschule erwachsen, für das ein Rochow und Pestalozzi kämpften, an ihr entzündete sich die glühende Begeisterung eines Fichte für eine deutsche Nationalerziehung, auf ihr haben in unsern Tagen die Koryphäen der Nationalökonomie, ein Lorenz v. Stein und ein Schmoller, ihre Theorie von der Gliederung des Bildungswesens aufgebaut.

Im Lichte dieser Grundanschauung verschwinden die willkürlich konstruierten Gegensätze von bloßer Gewöhnung und mechanischer Fertigkeit auf der einen und eigentlicher Erziehung auf der andern Seite; im Lichte dieser Grundanschauung erscheint der Volksschullehrer weder als Tierbändiger, der Geschöpfe zu dressieren, noch als Unteroffizier, der Leute abzurichten hat, sondern als ein vollberechtigtes Glied in der Reihe der Bildungsvermittler, als ein Mann, der ebenso wie jeder Lehrer an einer höheren Schule an bildsamem, bildungsberechtigten und bildungsbedürftigen Menschen eine geistige Arbeit zu verrichten hat. Nicht dem Wesen, sondern lediglich dem Grade nach ist seine Arbeit von der des höheren Lehrers verschieden.

Und dieser gradweise Unterschied ist, wenn die Idee der Volksschule von unsrer Grundanschauung aus folgerichtig entwickelt wird, nicht so groß, als man gemeinhin annimmt. Herbart, auf dessen Autorität ich mich wohl gerade an diesem Orte stützen darf, hat bekanntlich den Ruhm der Volksschule darin gesehen, „daß sie mit wenigem viel ausrichte“. In der Verfolgung dieses Gedankens führt er aus: Gerade weil ihr sowohl in der Anzahl der Lehrstoffe als in der Bildungszeit ihrer Schüler der höheren Schule gegenüber Schranken gesetzt seien, müsse sie die ihr zu Gebote stehenden Mittel zur eigentlichen Geistesbildung um so intensiver ausnutzen, d. h. desto weniger dürfte sie die Wirksamkeit dieser Mittel stören und beeinträchtigen durch bloße mechanische Arbeiten.

Wer in der Quarta oder Untertertia einer höheren Lehranstalt Unterricht in Geschichte oder Deutsch, in Naturkunde oder Geographie erteilen will, von dem wird ganz ausnahmslos eine auf akademische Studien gegründete, eine wissenschaftliche Bildung gefordert. Ist irgend ein in der Sache liegender Grund beizubringen, daß für den, der die gleichen Fächer in der Oberstufe der Volksschule vertritt, ein geringerer Grad von Bildung genügend sei? Beide wollen in ihrem Unterricht mit Stoffen, die im ganzen, wenigstens ihrem Wesen nach, gleich sind, die gleichen Wirkungen im Geist ihrer Schüler erreichen, beide haben demnach im Grunde das gleiche Verfahren anzuwenden, und es ist unberechtigt, eine notwendige Verschiedenheit der Methode zu konstruieren und den Gegensatz etwa durch die Begriffe elementar und wissenschaftlich zum Ausdruck zu bringen. Nein, sowenig es einen graduellen Unterschied gibt zwischen Schülerseelen niederer und höherer Anstalten, ebensowenig gibt es eine verschiedene Didaktik.

Wer also die Einheit des Bildungswesens anerkennt, muß auch die Einheitlichkeit des Standes aller derer anerkennen, die an der Bildung der Jugend arbeiten. Es entspricht demnach keineswegs dem Wesen der Sache, sondern ist lediglich aus äußeren Gründen, namentlich aus materiellen Schranken, erklärlich, daß sich gegenwärtig der Lehrerstand in zwei verschiedene Gattungen spaltet. Wer sich dem Zwange der Logik entziehen und das noch anzuweisen wolle, der möge sich durch die Geschichte belehren lassen.

Für die Reformatoren fiel das Lehramt mit dem geistlichen Amte zusammen, wenigstens insofern, als jenes gewissermaßen die Vorbereitung zu diesem sein sollte. „Ich wollte, daß keiner zu einem Prediger gewählt werde, er wäre denn zuvor Schulmeister gewesen“, sagt Luther und an einer andern Stelle klagt er: „Jetzt wollen die jungen Gesellen von Stund' an alle Prediger werden und fliehen der Schulen Arbeit.“ Immer nennt er, namentlich wenn er von der Vorbildung der Geistlichen redet, den Prediger und Knabenlehrer, Pfarrherrn und Schulmeister zusammen, sie repräsentieren ihm einen einheitlich gebildeten Stand. In dem „Unterricht der Visitatoren“ (1528) schreibt er z. B.: „Es vermeinen etliche, es sei genug zu einem Prediger, daß

er Deutsch lesen könne. Solches aber ist ein schädlicher Wahn. Denn wer andere lehren soll, muß eine große Übung und sonderliche Geschicklichkeit haben.“ Hier wird also die Notwendigkeit einer höheren Bildung der Geistlichen nicht zuerst aus ihrem Predigtamt, sondern aus ihrem Lehrberuf begründet, und diese Ansicht ist ganz im Sinne des allbekannten Lutherwortes, daß er nicht wisse, welches unter den beiden (Predigtamt oder Lehramt) das bessere sei.

Daß man im Reformationszeitalter allgemein für Lehrer und Geistliche die gleiche Bildung gefordert hat, ist z. B. aus der Brandenburger Visitations- und Konsistorialordnung vom Jahre 1573 klar zu ersehen. Es wird da bestimmt, daß „keine Schuster und Schneider als Kirchen- oder Schuldiener sollen angestellt werden“, „die Schulmeister und Gesellen, welche auch Pfarrer werden können, sind vornehmlich von der Universität Frankfurt a. d. O., oder, wenn hier Mangel herrscht, von andern unverdächtigen Universitäten, Schulen und Kirchen zu nehmen.“

Allerdings bereitete sich schon damals die Spaltung vor. Die Gehilfen des Pfarrers, die Küster, mußten ihn zunächst im Katechismusunterricht unterstützen, und später übertrugen sie allmählich auch die Einübung des Lesens, Schreibens und Rechnens. Sie waren die Vorläufer des gesondert ausgebildeten Volksschullehrerstandes. Die äußere Not, nicht innere Gründe brachten es mit sich, daß man an ihre Ausbildung mit der Zeit immer bescheidenere Anforderungen stellte. Die Wünsche nach „gelehrten“ Küstern, die noch, eben in Rücksicht auf ihre den Geistlichen unterstützende Lehrtätigkeit, in dem Meißner Visitationsabschied von 1540 und der Pommerschen Kirchenordnung von 1563 zum Ausdruck kamen, verstummten bald. Man mußte sich bescheiden und zufrieden sein, wenn der Küster neben ehrbarem Wandel und Treu im Glauben „guten Verstand und Bericht habe, die Kinder mit Buchstaben und Syllabieren, Lesen und Rechnen genugsamlich und nützlich zu lehren.“

Aber der Gedanke eines einheitlich gebildeten Lehrerstandes hat doch immer wieder die sich allmählich mehr und mehr verhärtende Kruste von Vorurteilen und gewohnheitsmäßigem Denken durchbrochen. Ich muß darauf verzichten, ihn in der Geschichte des Bildungswesens im einzelnen zu verfolgen, möchte nur in aller Kürze an sein Wiederauftauchen in der neuzeitlichen Pädagogik erinnern. Ziller befürwortete eine Organisation der Lehrerbildung, in der sich die Volksschullehrerseminare allmählich in die für das Volksschulwesen bestimmte Abteilung der akademisch-pädagogischen Seminare auflösen sollten.

„Von der Vereinigung der verschiedenen Lehrabteilungen an dem akademischen pädagogischen Seminare läßt sich eine solche Annäherung des geistlichen wie des höheren Lehrerstandes an das Volksschulwesen hoffen, welche sie zu unmittelbarer Lehrwirksamkeit in der Mitte desselben im ausgedehntesten Maße geneigt macht, und wenn das vollständig durchgeführt sein wird, so werden die Verschiedenheit der Gattungen von Schulen und der Umstand, daß jeder Lehrer sich für eine bestimmte Gattung vorzubereiten hat — denn beides muß fortbestehen —, nicht mehr durchschnittlich zu einer wesentlichen Verschiedenheit in der vorangehenden Ausbildung der Lehrer hinführen, alle werden den gleichen wissenschaftlichen Bildungsgang durchmachen, wenn auch für verschiedene Sphären der allgemeinen Volksbildung, und sie werden dadurch in allen Sphären zu einem wahrhaft pädagogischen Unterrichte befähigt sein, soweit dieser überhaupt von der fachwissenschaftlichen Erkenntnis abhängt.“

Dieser Gedanke Zillers ist aus der gegenwärtigen Literatur über die Lehrerbildung fast völlig verschwunden.

Das läßt erkennen, wie weit entfernt man ihn von der Möglichkeit der Durchführung hält, ja wie er unserm Denken fast entrückt ist. Gegenwärtig klappt der Spalt, der die beiden Arten der Lehrer trennt, weiter als je, das Standesgefühl, eine Schulgattung zu repräsentieren, hat das Gemeingefühl, Lehrer zu sein, gänzlich verschlungen, und diejenigen, die nicht vergessen sollten, daß sie an einem gemeinsamen Werke arbeiten, geradezu in eine Kampfstellung veretzt. Vereinen einmal besondere Gelegenheiten, wie etwa die Kunstsziehungsstage, höhere Lehrer und Volksschullehrer, so entdecken sie gewissermaßen von neuem, wie groß die Interessengemeinschaft zwischen ihnen, wie vielfach verwandt die pädagogischen Überzeugungen, die sie beide vertreten, wie die Klust, die sie in ihrer Bildung trennt, bei weitem nicht so groß ist, als man auf der einen Seite glaubte. Aber gerade derartige ganz vereinzelt stehende Gelegenheiten zu gegenseitiger Berührung lassen uns das Unnatürliche des Zwiespaltes desto bitterer empfinden.

Fortsetzung folgt.

Rückblick und Ausblick auf das bad. Schulturnen.

Fortsetzung.

Um nun einer möglichst großen Zahl von Fachleuten Gelegenheit zu geben, die Maul'sche Methode und die damit erzielten Resultate kennen zu lernen, haben wir zu unserer letzten oberrheinischen Turnlehrerversammlung, die 1902 in Karlsruhe stattfand, alle deutschen Turnlehrer und Lehrerinnen eingeladen, und die Tatsache, daß bei jener Versammlung nach der Teilnehmerliste 132 Nichtbadener — darunter die Direktoren aller deutschen Turnlehrerbildungsanstalten, Turninspektoren, Delegierte aus verschiedenen Städten — anwesend waren, ist wohl der beste Beweis dafür, daß wir mit unserer Einladung einem weitverbreiteten Bedürfnis entgegengekommen waren. Der Verlauf der Versammlung ist wohl den meisten der Anwesenden bekannt, so daß ich nicht weiter darauf zurückzukommen brauche. Auch kann ich zu meinem Bedauern auf die ausführlichen, fast durchweg sehr anerkennenden Berichte, die in den Fachblättern über unsere Versammlung erschienen sind, nur ganz kurz eingehen. Die turnerischen Leistungen der vorgeführten Schulklassen wurden ausnahmslos von allen Seiten als mustergiltig anerkannt. Allgemein wurde die gute Disziplin, die tadellose Körperhaltung und „die prachtvoll gleichmäßige Durchbildung“ der einzelnen Klassen hervorgehoben. Natürlich fehlte es auch nicht an scharfem Tadel. Unser Turnen sei fast ausschließlich Hallenturnen, die vollstümlichen Übungen und Spiele würden zu wenig betrieben, der Stoff sei namentlich in den Geräteübungen zu sehr beschränkt, der Individualität der Lehrer und Schüler sei durch den Lehrplan eine Fessel angelegt. Auf das Hallenturnen, die vollstümlichen Übungen und Spiele werde ich am Schlusse noch einmal zurückkommen, will aber an dieser Stelle schon bemerken, daß die Spielbewegung, die in Norddeutschland vor wenigen Jahren noch das Turnen zu verschlingen drohte, heute schon wesentlich abgeflaut und in ein ruhigeres Fahrwasser gekommen ist zur Freude aller derer, die der Jugend das eigentliche Turnen in der bisherigen Ausdehnung erhalten wissen wollen. Daß der Stoff für die Geräteübungen bei uns zu beschränkt ist, wird wohl kaum ein bad. Turnlehrer glauben wollen. Wir sind im Gegenteil alle fest überzeugt, daß es der angestrengtesten Tätigkeit eines geschickten und in der Methode durchaus erfahrenen Turnlehrers bedarf, wenn der größte Teil der Schüler — nicht nur einzelne — die vorgeschriebenen Übungen so erlernen soll, daß er sie leicht und mit schöner Körperhaltung ausführen kann.

Die Freude an unserem Lehrplan, der in schönem stufenmäßigen Aufbau in jedem Schuljahre den Schülern etwas

Neues bietet und dabei das Alte in neuen Formen wiederholt, lassen wir uns auch durch die schärfste Kritik nicht verderben. In Preußen hat man sich allerdings bis heute zur Herausgabe eines solchen nicht entschließen können. Aber fast täglich mehrt sich die Zahl derer, die zur Überzeugung kommen, daß ohne ein für die einzelnen Klassen festgesetztes Turnziel nur ein Durcheinander entsteht, das sich in den oberen Turnstufen schwer fühlbar macht, und in einer ganzen Anzahl preussischer Städte hat man daher heute schon Speziallehrpläne ausgearbeitet oder ist im Begriff solche aufzustellen. Was außer den genannten Punkten sonst an unserem Turnen getadelt wurde, beruht teils auf Übertreibung und Mißverständnissen, teils ist es bedingt durch die äußeren Verhältnisse. Herr Dr. Sickinger hat die Angriffe auf unser bad. Schulturnen, die übrigens nur von wenigen Norddeutschen ausgegangen sind, in der Broschüre: „Preussisches oder Badisches Schulturnen“ so schlagend zurückgewiesen, daß er damit nicht nur den Beifall aller badischen, sondern auch fast aller deutschen Turnlehrer und Schulmänner gefunden hat.

Seit jener Versammlung in Karlsruhe sind nun zwei Jahre verflossen, und ich habe in dieser Zeit Gelegenheit gehabt, auf mehreren Turnlehrerversammlungen und auch auf der diesjährigen deutschen Turnlehrer-Versammlung zu Quedlinburg Vergleiche anzustellen mit unserem bad. Schulturnen. Ich habe auch vielfach Gelegenheit gehabt zu mündlichem Gedankenaustausch mit Kollegen aus verschiedenen deutschen Ländern, die unser Turnen nicht aus Büchern oder durch Besichtigung einiger Turnklassen, sondern durch aktive Teilnahme an den von Maul geleiteten Turnkursen genau kennen gelernt haben, und ich habe bei allen diesen Gelegenheiten die feste Überzeugung gewonnen, daß Baden bezüglich der Methode, der Auswahl des Lehrstoffes und der Verteilung desselben auf die einzelnen Turnstufen eine hervorragende Stellung im Turnwesen der deutschen Staaten einnimmt.

Wir haben die Freude, den Schöpfer unseres badischen Turnwesens, den verdienten Förderer der gesamten deutschen Turnsache, heute in unserer Mitte zu sehen. Ich bin überzeugt, daß ich die Gefühle der ganzen Versammlung zum Ausdruck bringe, wenn ich Herrn Hofrat Maul heute an dieser Stelle den herzlichsten Dank ausspreche für seine rastlose, unermüdete und erfolgreiche Tätigkeit auf dem Gebiete der Leibesübungen und damit den Wunsch verbinde, daß er noch viele Jahre die Früchte seiner Arbeit in unserem engeren und weiteren Vaterland schauen möge.

Nach den bisherigen Ausführungen könnte es fast scheinen, als ob in Baden in Bezug auf den Turnunterricht kaum noch etwas zu wünschen übrig sei. Der zweite Teil meines Vortrages wird Ihnen hoffentlich den Beweis liefern, daß auch die jetzige Generation noch ein großes Feld für ihre Tätigkeit finden kann. Es gilt nicht nur, das Bestehende zu erhalten, sondern es auch weiter auszubauen und den Nutzen der Leibesübungen möglichst allen Volkskreisen zugänglich zu machen.

Stillstand ist Rückschritt. Wenn irgendwo dieses Sprichwort Geltung beanspruchen darf, so ist es auf dem Gebiete des Unterrichts und der Erziehung der Fall. Daß aber in der Pflege der Leibesübungen in unseren Schulen heute schon ein solcher Stillstand, ja teilweise ein Rückgang eingetreten ist, kann kaum in Abrede gestellt werden. Die letzten Jahrzehnte haben uns in Deutschland einen vollständigen Umschwung im ganzen Erwerbsleben gebracht; Industrie und Handel haben einen riesigen Aufschwung genommen, und die Städte sind mächtig angewachsen. Aber auch für die Landbevölkerung haben sich vielfach neue Erwerbsquellen in Fabriken und anderen Großbetrieben erschlossen. Eine wesentliche An-

derung der Lebens- und insbesondere der Wohnungsverhältnisse geht damit naturgemäß Hand in Hand, und an die geistige und körperliche Tüchtigkeit des einzelnen Menschen werden heutzutage neue, größere Anforderungen gestellt. Die geistige Ausbildung hat man den neuen veränderten Verhältnissen vielfach anzupassen gesucht, indem man Fachschulen aller Art gründete, Fortbildungskurse für Arbeiter, Gesellen und Meister einrichtete. In den Lesehallen, Volksbildungsvereinen, Volkshochschulen etc. gibt man den erwachsenen Volksmassen Gelegenheit, sich das für die heutigen Verhältnisse notwendige geistige Rüstzeug, die geistige Elastizität, zu verschaffen. Wie steht es aber mit der körperlichen Ausbildung? Hat man auch nach dieser Richtung hin den veränderten Verhältnissen Rechnung getragen? Es ist kein Zweifel, daß das Interesse für die Leibesübungen der Jugend, einzelne Städte ausgenommen, eher ab- als zugenommen hat. Die Begeisterung für das Turnen, die durch die glänzenden Siege unserer Heere und die damit zusammenhängende Wiebergeburt unseres schönen Vaterlandes neu geweckt worden war, sie ist geschwunden namentlich in den gebildeten Kreisen unseres Volkes und leider auch in den Kreisen der Jugenderzieher, vieler Schulleitungen und Schulvorstände.

So hat z. B. das Mädchenturnen in den letzten zwei Jahrzehnten eine kaum nennenswerte Ausbreitung erfahren und bis heute nur in den Volksschulen ganz weniger Städte Aufnahme gefunden. Die Turnplätze vieler Landgemeinden sind ziemlich verwahrlost, und die morschen Überreste der ehemaligen Turngeräte sind sprechende Beweise dafür, wie das Turnen von den Lehrern, den Gemeinden und den betr. Aufsichtsbehörden gewertet wird. In der pädagogischen Presse findet sich nur äußerst selten auch etwas über den Betrieb der Leibesübungen, obgleich doch das Turnen ein lehrplanmäßiges, von allen Pädagogen als wichtig anerkanntes Erziehungs- und Unterrichtsfach bildet. In den geschätzten Körperschaften aber, in denen seit Jahren jeweils wochenlang über Hoch-, Mittel- und Volksschulen gesprochen wird, sind der Turnunterricht und die Turnlehrer im letzten Jahrzehnt kaum mit einer Silbe erwähnt worden.

Auch die Bestimmung, daß die Turnstunden nur mit der Hälfte der Summe, die sonst für Überstunden bezahlt wird, vergütet werden müssen, läßt nicht auf eine besondere Wertschätzung der Leibesübungen bei den maßgebenden Faktoren schließen. Was kann nun geschehen, um diese Gleichgültigkeit so vieler Kreise zu beseitigen?

Zunächst ist in den Kreisen, denen nicht nur die geistige, sondern auch die körperliche Erziehung der Jugend anvertraut ist, das Interesse für das Turnen mehr zu wecken und zu beleben. Ein altes Sprichwort sagt: „Die Kunst hat nur den zum Feind, der sie nicht kennt.“ Die Umkehrung dieses Satzes auf das Turnen angewendet würde also heißen: „Die Turnkunst hat den zum Freund, der sie kennt.“ In der Tat kann man die Erfahrung machen, daß diejenigen, die in der Jugend oder auch noch im späteren Alter den wohlthätigen Einfluß der Leibesübungen am eigenen Körper empfunden haben, zeitlebens Freunde und Anhänger der Leibesgymnastik geblieben sind, wie sich ja auch von den andern mit wenigen Ausnahmen das Gegenteil feststellen läßt. Die nächstliegende Aufgabe wäre also, in den Lehrerbildungsanstalten die Liebe und das Verständnis für die Leibesübungen zu wecken. Sehen wir uns nun zunächst den diesem Fache zugrunde gelegten neuen Lehrplan an. Er schreibt vor: Kurs I und II.: Wiederholung und muster-gültige Darstellung der in der Volksschule vorkommenden Übungen. Kurs III. und IV.: Erweiterung des Übungs-offers im Anschluß an den Turnbetrieb der Oberklassen der höheren Lehranstalten. Kurs V. und VI.: Erhaltung und

Fortbildung der turnerischen Fertigkeit. Daneben und hauptsächlich: Übung der Jüglinge im Befehlen und in der selbständigen Erteilung des Unterrichts; Mitteilung des nötigen Wissens aus dem Gebiete der Turnlehre, der Turngeschichte und der Technik der Turneinrichtungen.

Stundenzahl: Zwei in jedem Kurse.“

Außer den Ordnungs-, Frei- und Geräteübungen werden als Übungstoff auch Turnspiele und verwandte Übungen im Ringen, Laufen, Springen, Werfen u. s. w. gefordert und schließlich wird noch ausdrücklich bestimmt, daß die „Turnübungen, soweit immer tunlich, im Freien vorgenommen werden sollen“.

Man wird ohne Vorbehalt zugeben müssen, daß dieses Lehrziel, soweit es sich auf das Knabenturnen bezieht, allen Wünschen gerecht wird. Auffallenderweise enthält aber dieser neue Lehrplan kein Wort über das Mädchenturnen, während im früheren Lehrplan doch noch die Bestimmung beigefügt war, daß mit dem Knabenturnen auch die „Mitteilung des Wichtigsten vom Turnunterricht an Mädchenschulen zu verbinden ist“. Ich kann auf die Frage, ob das Turnen für Mädchen überhaupt notwendig ist, hier nicht näher eingehen. Die Tatsache, daß das Turnen an den Mädchenschulen der größeren Städte, die alljährlich eine ganz erhebliche Zahl junger Lehrkräfte brauchen, obligatorisch eingeführt ist, weist gebieterisch darauf hin, die angehenden Lehrer auch zur Erteilung des Turnunterrichts an Mädchenschulen vorzubereiten. Der Übungstoff für das Mädchenturnen ist so wesentlich anders gestaltet, daß ein Lehrer, der bloß im Knabenturnen ausgebildet wurde, nicht ohne weiteres auch Mädchenturnen erteilen kann. Da aber der Unterricht an den Volksschulen fast durchweg Klassenunterricht ist und aus verschiedenen Gründen auch sein soll, ergeben sich für die Schulverwaltungen in den Städten zahlreiche Schwierigkeiten, wenn die zugewiesenen Lehrkräfte nicht befähigt sind, diesen Klassenunterricht auch vollständig zu erteilen. Ähnliche Schwierigkeiten ergeben sich übrigens auch an den verschiedenen kleineren Mittelschulen des Landes, die in neuerer Zeit bestrebt sind, den diese Anstalten besuchenden Mädchen auch Gelegenheit zum Turnen zu geben, da es auch diesen gewöhnlich an einem hierzu befähigten Lehrer fehlt. Es ist daher zur weiteren Ausbreitung des Mädchenturnens notwendig, daß die Seminaristen auch zur Erteilung dieses Unterrichts befähigt werden.

Soll aber das im neuen Seminarlehrplan angegebene Ziel im Knabenturnen erreicht, sollen die Seminaristen der oberen Kurse auch in die Methode des Turnunterrichts eingeführt werden, und soll außerdem auch das Wichtigste aus dem Gebiete des Mädchenturnens gelehrt werden, so muß der Turnunterricht an den Lehrerbildungsanstalten anders organisiert werden. Bisher wurde dieser Unterricht meistens von einem Seminarunterlehrer im N. benannte erteilt. Die Befähigung dazu mußte sich derselbe durch Teilnahme an einigen Turnkursen jeweils erst dann erwerben, wenn ihm der Unterricht bereits übertragen war. Es vergingen daher immer mehrere Jahre, bis der betr. Lehrer in der Lage war, einen Turnunterricht zu erteilen, der die Schüler und den Lehrer wenigstens einigermaßen befriedigte. Hatte sich dann der Lehrer glücklich bis zu dieser Stufe emporgearbeitet, so stand er in einem Alter, in dem er eine definitive Stelle erstreben mußte, und da ihm am Seminar eine solche nicht geboten werden konnte, schüttelte er eben den Staub von den Füßen. An seine Stelle trat ein anderer, der auch wieder erst den gleichen Ausbildungsgang durchmachen mußte, und die Turnstunden, die eigentlich Stunden der Lust und Freude sein sollten, sie sind für den nicht genug vorgebildeten Lehrer Stunden der Qual, für die Jüglinge aber Stunden der Langeweile, und statt Begeisterung für das Fach wird Unlust und

Antipathie erzeugt, die den Jüngling hinaus begleitet in seinen neuen Beruf und ihn vielfach nie mehr verläßt. Diesen Mißständen kann mit Erfolg nur dann begegnet werden, wenn an den Seminarien jeweils ein Lehrer definitiv angestellt wird, der befähigt ist, auf dem Gebiete der Leibesübungen alles das zu leisten, was im Seminarlehrplan mit Recht gefordert wird. Wie in den anderen Fächern einschließlich Zeichnen und Musik, so ist auch für das Turnfach am Seminar der Fachmann nötig, der seine Haupttätigkeit diesem Gebiete widmet. Besondere Schwierigkeiten dürften sich der Durchführung dieser Forderung bei dem sechsklassigen Seminar kaum entgegenstellen.

Fortsetzung folgt.

Die Volksschuldebatte in der II. Kammer des badischen Landtags.

5. Sitzung (104. Sitzung der Kammer. Freitag, 17. Juni; nachm. 5—8 Uhr.)

Salut Fortsetzung.

Nachdem am Vormittag die allgemeine Beratung geschlossen worden war, trat man nachmittags bei einer fürchterlichen Hitze in die Spezialberatung ein. In dieser wurde zu den einzelnen Positionen*) sehr wenig gesprochen. Zu Position § 56 (Gehalte) bemerkte Abg. Weiß etwa folgendes:

Abg. Dr. Weiß: Es wird hier die Stelle sein, an der noch ein Wort gesagt werden kann über den mißlungenen Versuch, den älteren Lehrern noch in diesem Budget eine weitere Funktionszulage zu verschaffen. Ich kann es nicht verstehen, weshalb die Großh. Regierung dieser Forderung nicht entgegengekommen ist; ich kann es aber noch weniger verstehen, daß sich aus Lehrerkreisen eine Opposition dagegen erhoben hat. Der Grund der letzteren war wohl der, daß man fürchtete, diese kleine Abschlagszahlung werde eine Ausrede bilden, die definitive Gehaltsregelung noch weiter zu verschieben. Ich glaube aber doch, daß ein solcher Verdacht weder in der Gesinnung dieses hohen Hauses, noch in derjenigen der Großh. Regierung eine Begründung findet, und ich kann deshalb nur wiederholt mein Bedauern aussprechen, daß nichts aus der Sache geworden ist. — Sodann darf ich vielleicht auch noch die definitive Gehaltsregelung hier ganz kurz berühren. Nachdem mir in der Generaldebatte durch den Schlufantrag das Wort abgebrochen worden ist, möchte ich nicht die verschiedenen Punkte, die ich berühren wollte, in der Spezialdebatte aufgreifen, aber diesen einen Gegenstand kann ich nicht ganz mit Stillschweigen übergehen. Ich habe mich zunächst auf den Standpunkt der Kommissionsanträge gestellt, weil ich hoffte, die Großh. Regierung werde diesen maßvollen und wohlbegründeten Forderungen ohne weiteres entsprechen; weil ich mir sagte, man müsse sich an das Erreichbare halten, und der Spatz in der Hand sei besser als die Taube auf dem Dach. Nun sagt aber die Großh. Regierung nicht einmal die Erfüllung der Kommissionsforderungen mit Bestimmtheit zu.

Der Herr Kollege Obkircher hat darauf hingewiesen, welche Umstände es der Großh. Regierung erschweren, zu einer bestimmten Entscheidung schon jetzt zu gelangen. Ich will die angeführten Gründe nicht ganz abweisen. Aber ich muß doch sagen, nachdem nun die gestellten Anträge schon sechs Monate vorliegen und die Resultate der Kommissionsberatung längst vorauszu sehen waren, hätte wohl auch die Großh. Regierung zu einem bestimmteren Entschluß kommen müssen. Sei es nun aber, wie es wolle, schuldig oder unschuldig wird die Großh. Regierung die Folge tragen müssen, daß eine maßlose Agitation, wie sie da und dort hervortritt, und wie sie der Herr Kollege Kohrhurst heute gekennzeichnet hat, in den nächsten zwei Jahren nicht nur nicht zum Schweigen kommt, sondern noch zunimmt. Wer aber maßvolle und erfüllbare Forderungen nicht erfüllt, der trägt nur Wasser auf die Mühle derer, die das Unerfüllbare fordern. Wie die Sache liegt, ist es eigentlich egal, für welchen Antrag man stimmt, und ich könnte wohl auch für den Antrag Fräuhäuf stimmen. Wenn ich mich trotzdem mit dem Kommissionsantrag — in der erweiterten Fassung begnüge, so geschieht es mit der Erwartung, daß ihm von der Großh. Regierung im Beginn der nächsten Session doch entsprochen wird, und daß andernfalls das Hohe Haus dann entschiedener auftritt, als es diesmal zu erreichen war.

Abg. Mampel: Ich bin auch einer derjenigen, die den Antrag Fräuhäuf unterzeichnet haben. Durch die Annahme des Schlufantrags

*) Diese sind: § 56 Gehalte der Hauptlehrer, § 57 Vergütungen der Unterlehrer, § 58 Vergütung für Stellvertretung und Aushilfe, § 59 Zug- und Reiseflohen, § 60 Unterfahrungen, § 61 Anhangsabgaben, § 62 wegen Aufhebung der Schulpatronate, § 63 und 64 Staatsbeiträge an Gemeinden, § 65 Zuschüsse an Gemeinden zu Mittelschulen, § 66 für Volks- und Fortbildungsschullesebuch, § 68 sonstige Ausgaben, § 68—70 für besondere Unterrichtszwecke.

wurde mir unmöglich gemacht, zu dem Antrag zu sprechen und meine Unterschrift zu begründen. Ich möchte deshalb nur kurz darlegen, was mich dazu geführt hat, den Antrag Fräuhäuf zu unterzeichnen. Nachdem die badischen Volksschullehrer Beamteneigenschaft erhalten, so hätte man nach meiner Ansicht dieselben auch in entsprechender Weise in den Gehaltstarif für Beamte so bald als möglich einreihen sollen; ich habe es deshalb begrüßt, daß ein dahin zielender Antrag eingebracht wurde, und denselben gern unterschrieben. Ich habe geglaubt, es sollte nicht geögert werden, die Lehrer in den Gehaltstarif der ihnen gleichstehenden anderen Beamten einzureihen. Deshalb werde ich auch für den Antrag Fräuhäuf stimmen. Wenn er nicht die Mehrheit, bedauerlicherweise, findet, so werde ich den Anträgen der Kommission zustimmen. — Ich glaube aber auf die Zustimmung des Hohen Hauses zu unserem Antrag zählen zu dürfen, da in der Einreichung in G 5 des Gehaltstarif nichts Unbilliges enthalten ist. Die Lehrer werden hier gleich gehalten z. B. den Vermessungsassistenten, den Katastergeometern, den Hauptamtsassistenten, den Steuerkommissärassistenten, Grenz- und Steuerkontrollen u. a. m., und so glaube ich hoffen zu dürfen, daß das Hohe Haus unserem Antrag, mit großer Mehrheit zustimmen wird.

Präsident Dr. Gönner bittet, jetzt nicht zu den Anträgen zu sprechen, da über sie später verhandelt werde. (Zustimmung.)

Abg. Neuwirth will sich auf die Erklärung beschränken, daß die ländlichen Vertreter vollständig überzeugt sind, daß die Gehaltsverhältnisse der Lehrer nicht auskömmlich sind und einer Besserstellung bedürfen. Ich bin mit dem Kommissionsantrag einverstanden, der eine bessere Regelung auf 1. Januar 1906 vorsieht, und bitte die Großherzogliche Regierung dahin zu wirken, daß bis zum nächsten Budget eine diesbezügliche Gesetzesvorlage gemacht wird, wonach die Lehrer in die Gehaltsklasse G 5 eingereiht werden.

Abg. Fräuhäuf: Ich möchte zunächst Gelegenheit nehmen, auf eine vor 2 Jahren bereits von mir besprochene Angelegenheit zurückzukommen. Es handelt sich um die Berücksichtigung der israelitischen Lehrer, die in einer äußerst schwierigen Situation sich befinden. Ich bin in der angenehmen Lage, der Großherzoglichen Regierung die Anerkennung dafür auszusprechen, daß sie meiner Anregung, einigermaßen Folge gegeben hat, und habe aus den Darlegungen des Berichterstatters und der Antwort der Großh. Regierung auf sie dem Eindruck gewonnen, daß in dieser Weise nach Möglichkeit fortgefahren werden soll.

Ich habe mir jedoch noch einige Spezialwünsche vorgemerkt. Zunächst ist es unangenehm aufgefallen, daß die Ausschreibungen der erledigten Hauptlehrerstellen so zögernd vorgenommen werden. Während die neuen Professorenstellen, was anzuerkennen ist, sofort ausgeschrieben werden, wird ein gleiches Verfahren bezüglich der erledigten Volksschullehrerstellen nicht eingehalten. Es vergeht oft 1/2 Jahr, bis die erledigten Hauptlehrerstellen wieder besetzt werden, in der Zwischenzeit sitzen Unterlehrer kommissarisch dort. Vom finanziellen Standpunkt aus lukriert die Staatskasse allerdings die Differenz in den Gehältern. Allein ich glaube, es liegt nicht in der Absicht der Großh. Regierung, daß dadurch zum Nachteil des Ganzen ein finanzieller Ausfall eintritt. Auch in diesem Budget kommen wieder eine Anzahl neuer Stellen in Frage. Es darf die Hoffnung ausgesprochen werden, daß man sofort nach deren Genehmigung dazu übergeht, die Stellen auszusprechen.

Ich möchte sodann die Aufmerksamkeit des Hauses und der Großh. Regierung auf die Vorgänge anlässlich der Einverleibung von Brödingen in die Stadtgemeinde Pforzheim lenken. Es ist dort beschlossen worden, daß die Brödingen Schule zunächst als einfache Schule fortbestehen, nicht als erweitert sofort eingerichtet werden soll. Ich habe bezüglich der Rechtsgiltigkeit einer derartigen Auffassung Bedenken. Von dem Moment an, wo Brödingen in Pforzheim einverleibt wird, besteht doch eine Rechtspflicht für Pforzheim, die Schule als Pforzheimer Schule einzurichten.

Weiter möchte ich die Aufmerksamkeit des Hauses und der Großh. Regierung darauf richten, daß, obgleich im Budget noch nachträglich Hauptlehrerstellen angefordert sind, trotzdem folgende Stellen noch immer verwaist sind: Baiertal, Eberbach, Meersburg, Neuenburg, Oberbühlertal und Sandhofen.

Bezüglich der Handhabung des Disziplinarrechts habe ich einen Fall zur Sprache zu bringen, welcher als Einzelfall bezeichnet werden darf, aber verdient, in die richtige Beleuchtung gestellt zu werden, weil er geeignet ist, den Zugang zum Lehrerberuf noch mehr zu beschränken. Es handelt sich um einen Fall in Neuenburg, Amt Mühlheim. Dort hat ein immatrikulierter Student eine Anzeige gegen einen dortigen Lehrer eingereicht mit der Behauptung, er habe sträflicherweise seinen Dienst vernachlässigt. Der Sachverhalt war aber einfach der, daß dem Lehrer bei einer Radtour ein Unfall zustieß, er dann liegen blieb, weil er keinen Zugang hatte, und am Montag zu spät in die Schule kam. Dabei wäre noch nichts besonderes. Nun ist aber der Lehrer aufgrund der Anzeige in allen Instanzen gemahregelt worden, ohne daß man ihn über die Anschuldigung gehört hatte. Man nahm die

Angaben der Anzeige einfach als wahr an und hörte die von dem Angezeigten vorgeschlagenen Gegenzeugen nicht, ein kontrabitorisches Verfahren hätte aber ergeben, daß den Lehrer nicht die geringste Schuld an der Säumnis traf. Sie können sich nun die Verfassung des Lehrers und seiner den Fall kennenden Kollegen denken, wenn ich Ihnen sage, daß der angezeigte Student ein eifersüchtiger Konkurrent des Lehrers war vom Tanzboden her und den Lehrer aus Rache angezeigt hat.

Redner bittet die Großh. Regierung um Aufklärung.

Direktor des Oberschulrats Geh. Rat Dr. Arnspurger: Auf die Anträge des Herrn Abg. Frähauf bezüglich des Disziplinarfalles bin ich in der Lage, nach einer genauen Prüfung der Verhältnisse sofort Auskunft geben zu können. Die Beschwerde des Herrn Abg. Frähauf ist schon Gegenstand eines Artikels in der neuen Schulzeitung gewesen, und habe ich daraus Veranlassung genommen, eine nochmalige genaue Prüfung des Falles eintreten zu lassen. Aufgrund derselben muß ich die Ansicht aussprechen, daß der Fall durchaus nicht geeignet ist, in diesem hohen Haus zur Sprache gebracht zu werden. Die Person des jungen Lehrers ist keine derartige, daß man sagen könnte, sie verdiene eine ganz besondere Berücksichtigung. Die Frage, ob die Untersuchung infolge einer Denunziation eingeleitet worden ist, kann ich im Augenblick nicht bestimmt beantworten. Ich glaube, die Sache ist durch einen Brief an den Kreis Schulrat in Lauf gekommen, der daraus dann Veranlassung nahm, die Sache anzugreifen. Daß in der dienstpolizeilichen Untersuchung der Lehrer nicht gehört worden sei, ist nicht richtig, denn er ist gehört worden, und es hat sich herausgestellt, daß außer der ziemlich nebensächlichen Veräußerung noch andere Unregelmäßigkeiten, insbesondere unästhetische Vorkommnisse unterlaufen sind. Das kann ich also versichern, daß weder die Person eine solche ist, daß sie das Interesse des hohen Hauses in Anspruch nehmen kann, noch daß irgend welche Gründe vorliegen, das Verfahren des Oberschulrats zu beanstanden. Die Gegenzeugen wurden deshalb nicht alle einvernommen, weil man ihre Aussagen für unerheblich hielt. Ich bin bereit, dem Herrn Abg. Frähauf, falls er sich dafür interessieren sollte, nähere Auskunft zu geben.

Was die Frage betrifft, ob in Brötzingen nach der Eingemeindung in Pforzheim ebenfalls eine erweiterte Volksschule eingeführt werden solle, so ist über diese Frage an die Oberschulbehörde bis jetzt meines Wissens eine Anregung noch nicht gekommen. Ich bin aber nicht der Ansicht, welche der Herr Abgeordnete zum Ausdruck gebracht hat, sondern der gegenteiligen Ansicht, ich glaube, es ist Sache der Stadt Pforzheim zu bestimmen, ob und welche Erweiterung der Schule in Brötzingen wird einzutreten haben. Ich hoffe aber, daß die Stadt Pforzheim gerade in Brötzingen Anlaß nehmen wird, der Ausbildung der Jugend Brötzingens eine weitgehende Rücksichtnahme zu teil werden zu lassen.

Der Herr Abg. Frähauf hat bemängelt, daß das Ausschreiben der Professorenstellen zwar erfolgt sei, nicht aber das der Lehrerstellen. Die Professorenstellen wurden erst ausgeschrieben, als die Beratung des Budgets der Mittelschulen beendet war. Ebenso werden wir es auch mit den neuen Volksschullehrerstellen halten. Es wurde auch allgemein vom Herrn Abg. Frähauf bemängelt, daß das Ausschreiben der Lehrerstellen so spät erfolgt. Es ist richtig, daß die Besetzung der Lehrerstellen oftmals etwas längere Zeit in Anspruch nimmt, als wünschenswert erscheint. Wenn der Herr Abg. Frähauf eine bestimmte Zeitspanne angegeben hat, so nehme ich an, er will damit sagen, nicht das Ausschreiben, sondern die Wiederbesetzung nehme diese Zeit in Anspruch. Das Ausschreiben erfolgt, wenn nicht besondere Umstände vorliegen, ziemlich regelmäßig kurze Zeit nach Erledigung der Schulstelle, wohl aber dauert es oft etwas länger als wünschenswert, bis die Wiederbesetzung der Schulstelle erfolgt, ich habe bereits mehrfach Erwägungen darüber angestellt, wie in dieser Beziehung eine Beschleunigung eintreten kann. Das kann ich aber dem Herrn Abg. Frähauf versichern, daß es nicht finanzielle Gesichtspunkte, nicht die Rücksichten auf die Staatskasse sind, die hier in Betracht kommen, solche Rücksichten wären viel zu kleinlich.

Es wurde dann die Frage aufgeworfen, ob an den vom Herrn Abg. Frähauf bezeichneten Orten weitere Hauptlehrerstellen errichtet werden. Da muß ich bemerken, daß vor dem nächsten Budget keine neuen Hauptlehrerstellen mehr begründet werden können, denn die etatsmäßigen Hauptlehrerstellen müssen zuerst im Budget genehmigt werden. Als das Budget aufgestellt wurde, und die Petition der Lehrer vorlag, habe ich Veranlassung genommen, alle diejenigen Schulstellen, bezüglich welcher nach Angabe der fraglichen Petitionen ein Mangel vorlag, einer genauen Prüfung unterziehen zu lassen. Infolge davon haben sich einige Nachträge ergeben, die noch in das Budget Aufnahme gefunden haben, wie dies im Bericht der Budgetkommission ausdrücklich aufgeführt ist. Ich kann deshalb mit Bestimmtheit sagen, daß für die Einrichtung weiterer Hauptlehrerstellen, insbesondere an den vom Herrn Abgeordneten bezeichneten Orten die gesetzlichen Voraussetzungen vorerst noch nicht vorhanden sind.

Bezüglich der israelitischen Lehrer kann ich nur wiederholen, daß es unser eigener Wunsch ist, tunlichst Förderung derselben eintreten zu lassen. Ich habe jedoch schon in meiner früheren Äußerung

darauf hingewiesen, daß den entsprechenden Weg hierzu zu finden ziemlich schwierig ist, und daß die Förderung keine derartige sein kann, daß feste Gehalte gegeben werden könnten. Es kann sich vielmehr nur um vorübergehende Aufbesserungen handeln.

Abg. Eichhorn: Die Frage des gleichzeitigen Bestehens erweiterter und einfacher Volksschulen in einer Gemeinde, die Abg. Frähauf aufgeworfen hat, ist außerordentlich wichtig und verdient eingehende Erörterung. Ich glaube aber, daß bei den gegenwärtigen Verhandlungen nicht der richtige Augenblick hierzu gegeben ist! Ich würde für meinen Teil dem Gedanken des Abg. Frähauf beitreten und die Regierung bitten, die Frage eingehend zu erwägen, ob es nicht angebracht sei, denjenigen Städten, wo die erweiterte Volksschule besteht, vorzuschreiben, bei Eingemeindungen diese sofort auch in den einzuverleibenden Gemeinden einzuführen. Es würde das allerdings gewisse Schwierigkeiten bieten, aber es müßte bei der Festsetzung des Eingemeindungstermines darauf Rücksicht genommen werden.

Abg. Fehrenbach: Bezüglich der israelitischen Lehrer würde es am zweckmäßigsten sein, wenn die größeren Gemeinden auf die definitive Anstellung derselben Bedacht nehmen würden, denn es ist in kleinen Gemeinden, wo die erforderliche Anzahl von jüdischen Kindern fehlt, sehr schwer, solche Hauptlehrer anzustellen. In Freiburg haben wir einen israelitischen Lehrer etatsmäßig angestellt, obwohl hierzu nach der Zahl der Kinder keine gesetzliche Verpflichtung vorhanden war. Vielleicht wäre es auch in andern Städten möglich, für diese Lehrer in dieser Art zu sorgen.

Abg. Jhrig: Es sind mir Klagen darüber zugegangen, daß die israelitischen Lehrer außerordentlich lang warten müssen, bis sie angestellt werden. Ein 34-jähriger Herr mit Familie hat mir geschrieben, daß er immer noch nicht habe ankommen können. Ich bitte die Regierung, in absehbarer Zeit für die Anstellung dieses Herrn zu sorgen. Ich will dann anfragen, ob auch heute noch in den Bewerberlisten die Anzahl der Kinder angegeben wird. Dies ist sehr bedenklich. Gerade die Leute mit Kindern werden oft auf Plätzen nicht gewünscht, wo sie ihren Kindern eine bessere Ausbildung geben könnten. Ich bitte diese Zahlenangaben wegzulassen. Ich bedauere, daß die Generaldiskussion so früh geschlossen wurde, ich hätte gern noch einiges erörtert. Ich wünschte z. B., daß die Kinder nicht vor zurückgelegtem sechsten Lebensjahr in die Schule aufgenommen werden sollen. Ferner wird gewünscht, daß zur Vermeidung von Differenzen zwischen Lehrern und Gemeinden die Schulhäuser der Bezirksbauinspektion unterstellt würden. Es wird behauptet, die Lehrer hätten das Tariflohn früher erreicht als andere Beamten; das kann man aber nicht sagen. Es hat 10 Jahre gedauert. Ich hätte, wie gesagt, noch manches gern besprochen, sehe mich aber dazu jetzt außerstande, weil mir durch den Schlufantrag eine eingehendere Besprechung dieser Verhältnisse unmöglich gemacht worden ist.

Geh. Hofrat Dr. Weygoldt: Den Gemeinden muß ein Verzeichnis sämtlicher Bewerber vorgelegt werden. Darin befindet sich allerdings eine Rubrik, wo die Zahl der Kinder angegeben ist. Diese Rubrik ist hineingenommen worden, weil manche Gemeinden im Hinblick auf die Lehrerwohnungen ein Interesse daran haben, ungefähr zu wissen, wie groß die Familie des Bewerbers ist. Ich kann aber versichern, daß die Bedenken der Lehrer ungerechtfertigt sind. Es ist meines Wissens noch nie ein Bewerber lediglich wegen der etwas großen Zahl seiner Kinder abgelehnt worden. Es kommt vielleicht einmal im Jahre vor, daß eine Gemeinde das Ersuchen stellt, einen Bewerber mit wenigen Kindern auszuwählen, weil die Wohnung beschränkt und die Erstellung einer neuen Wohnung erst später möglich ist. Was die israelitischen Lehrer anbelangt, so ist es seit dem letzten Landtag gelungen, die drei ältesten unterzubringen. Noch einer mit 12 Dienstjahren ist übrig. Er hat Familie und kann mit seinem geringen Gehalt nur schwer auskommen. Er hat aber eine namhafte Unterstützung erhalten und kann eine solche so lange erhalten, bis es ihm geglückt sein wird, Hauptlehrer zu werden.

Die §§ 56 bis 60 werden hierauf ohne weitere Debatte angenommen. Zu § 61 (Gnadengaben an Hinterbliebene von Hauptlehrern) liegen zwei Anträge vor.

Zur Begründung des einen Antrages erhält das Wort:

Abg. Jhrig: Ich habe mir erlaubt, diesen Antrag zu stellen. Ich rede nicht von zwei, wie ein Redner gemeint hat, sondern von rund 60 Witwen, von denen ich Eingaben hier in der Hand habe. Es handelt sich aber um mehr als 200 solcher Witwen. Da man, wie es scheint, diese Verhältnisse hier im Hause doch nicht richtig kennt, so muß ich näher darauf eingehen. Abg. Benedey hat neulich für 2 Witwen von Grenzaufsehern gesprochen. Sie bekamen jährlich einen Zuschuß von 200 M., der ihnen auf 160 M. verkürzt wurde. Alle Seiten dieses Hauses waren mit einer Aufbesserung einverstanden. Ich war über die Höhe der Beiträge angenehm erstaunt, da die Lehrerswitwen doch viel weniger bekommen. Soviel ich gehört habe, erhalten die Lehrerswitwen durchschnittlich 60 bis 70 M., in Einzelfällen 100 M., in manchen Fällen auch nur 30 M. Abg. Obkircher hat gemeint, ich rede nur von einzelnen Fällen, wo besonderes Unglück vorliege, und eine junge Witwe könne

mit 3 M Pension auskommen. Dieses gebe ich zu. Aber sogar die Witwe eines Lehrers, der das Höchstgehalt bezogen hatte, bekommt noch lange keine 3 M täglich. Der höchste Betrag ist etwa 700 M jährlich. Es handelt sich vorwiegend um Witwen von Lehrern, die unter dem alten Gesetz pensioniert wurden oder gestorben sind. Alle Witwen haben 300 M bekommen bis zum Jahre 1888. Von da ab bis 1892 erhielten sie 390 M: erst seitdem bekommen sie 30 Prozent vom Gehalt des Mannes. Auch dies ist noch sehr wenig. (Redner verliest im Auszug eine Anzahl von Eingaben solcher Witwen, ohne Namen oder Wohnort zu nennen.) Diese Klagen sind immer von den Bürgermeistern oder den Bezirksverwaltern des Vereins bestätigt. Ich könnte, wenn Sie es wünschten, Ihnen noch mit 50 und mehr Eingaben dienen. (Zurufe: ja nicht! genügt!) Dem Einwand, daß es sich nur um Einzelfälle handle, glaube ich damit begegnet zu sein. Es liegt nun ein zweiter Antrag vor, der das gleiche Ziel hat wie der meinige. Aber ich meine doch, man sollte meinem Antrag stattgeben. Man hat auch hingewiesen auf den Antrag Benedey, der eine andere Formulierung gefunden hat. Dort liegen die Verhältnisse anders. Dort war der Gratualfond überschritten, davon aber, daß er bei den Hauptlehrerwitwen überschritten wurde, habe ich noch nichts gehört. Ich habe budgetrechtliche Bedenken, wenn wir nachträgliche Überschreitungen genehmigen und weitere Überschreitungen aufheben. Wir wollen eine entsprechende Summe einstellen und dadurch die Großh. Regierung in die Lage setzen, größere Unterstützungen zu gewähren. Ich bitte Sie also, meinem Antrag zuzustimmen. Ich glaube, daß dadurch insbesondere den älteren Lehrerwitwen entsprechende Gaben bewilligt werden können. In zwei Jahren kann alsdann die Großh. Regierung sagen, wie weit sie mit der zur Verfügung gestellten Summe gekommen ist, und eventuell mehr verlangen.

Präsident des Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts, Geh. Rat Dr. Frhr. v. Dusch: Es bedarf keiner besonderen Versicherung, daß auch die Großh. Regierung ihrerseits an dem von dem Herrn Abg. Jhrig soeben mitgeteilten Schicksal der Lehrerswitwen wärmsten Anteil nimmt und bemüht ist, das Elend in den durch das Budget ermöglichten Grenzen zu lindern. Die Großh. Regierung ist dagegen nicht in der Lage, die Pensionsverhältnisse der älteren Witwen zu bessern. Immerhin sucht die Großh. Regierung zu helfen, und dazu ist insbesondere die Position des § 61 bestimmt. Der Herr Abg. Jhrig hat keine budgetrechtlichen Bedenken gegen seinen Antrag. Ich glaube, wenn er länger dem Hause angehörte, so würde er sich überzeugen, daß solche Bedenken in der Tat bestehen. Denn es entspricht der Gepflogenheit des Hauses, die von der Großh. Regierung angeforderten Budgetposten nicht zu erhöhen. Sie brauchen sich nur die Konsequenzen einer solchen Erhöhung vorzustellen. Die Großh. Regierung ist denn auch grundsätzlich solchen Erhöhungen jeweils entgegengetreten. Nur dann könnte eine Erhöhung eintreten, wenn Übereinstimmung zwischen der Großh. Regierung und der Kammer in der Weise besteht, daß darüber noch eine Entschließung des Staatsministeriums eingeholt werden könnte. Wenn also auch das Ministerium im vorliegenden Falle diesen Weg einschlagen würde, so müßte es immer noch eine Entschließung des Staatsministeriums herbeiführen. Das Budget muß aber und zwar in nächster Zeit fertig werden, damit es noch der ersten Kammer vorgelegt werden kann. Ein dringendes Bedürfnis zur Erhöhung dieses Budgetpostens scheint mir übrigens nicht vorzuliegen. Die Großh. Regierung ist durch Artikel 11 Absatz 2 des Etatsgesetzes sowieso in der Lage, eine Überschreitung eintreten zu lassen. Wenn die vom Herrn Abg. Jhrig bezeichneten Witwen sich an den Oberschulrat wenden, so ist die Großh. Regierung in der Lage, heute schon zu versichern, daß berechnigte Wünsche tunlichste Berücksichtigung finden werden. Eine etwaige Überschreitung wird übrigens noch erleichtert werden, wenn der vorliegende Eventualantrag Annahme findet. Ich bitte also, da die Großh. Regierung den besten Willen hat, für die betreffenden Witwen zu sorgen, nicht budgetrechtliche Schwierigkeiten zu machen und dem Eventualantrag beizutreten. Ich kann erklären, daß alle Anträge wohlwollend werden geprüft werden.

Den zweiten Antrag begründet

Abg. Gießler: Der Zweck, den der Kollege Jhrig mit seinem Antrag verfolgt, hat ja im Hause allseitige Billigung gefunden. Wir alle sind bestrebt, einem offenbar hier vorliegenden Notstand abzuhelfen. Unser Antrag steht mit den Grundätzen des Budgetrechts im Einklang, und den Bedürfnissen wird viel besser und schneller damit entsprochen. Der Kollege Benedey hat ja einen für die Beamtenwitwen ähnlichen Antrag gestellt. Die Großh. Regierung bzw. das Finanzministerium hat bezüglich seiner ausgesprochen, daß es den Gnadengabensfond bisher nicht für überschreitbar gehalten, und daß der Verwaltungshof deshalb die Kürzungen vorgenommen habe. Damit diese Bedenken aus dem Wege geschafft werden, haben wir nun in der Budgetkommission den Antrag gestellt, daß die früheren Überschreitungen genehmigt werden, und daß wir zum voraus Indemnität für die künftigen Überschreitungen erteilen. Denselben Weg wollen wir auch hier einschlagen. Daß die „Überschreitbar“-Erklärung zulässig ist, hat das Haus wiederholt ausgesprochen. Selbstverständlich ist, daß es nicht Unus werden darf, daß jeder Posten für überschreitbar erklärt wird, aber in dringenden Fällen

soll dies zulässig sein. Unser Antrag ermöglicht auch der Großh. Regierung weiter zu gehen, als nach dem Antrag Jhrig.

Der Herr Minister hat vorhin bemerkt, es bestünden budgetrechtliche Bedenken, die Position hinauszuliegen. Es sind allerdings Bedenken bei der Großh. Regierung vorhanden. Ich darf demgegenüber betonen, daß die Zweite Kammer immer auf dem Standpunkt steht, daß, weil sie das Initiativrecht hat, sie auch Anträge auf Erhöhung von Budgetpositionen stellen darf. Selbstverständlich muß die Übereinstimmung der gegebenden Faktoren gegeben sein, und diese wird gegeben im Finanzgesetz. Das eine praktische Bedenken hat der Antrag Jhrig gegen sich, daß das Staatsministerium gehört und der Instanzenzug durchlaufen werden muß. Das gibt aber einen Aufenthalt, und es ist nicht nötig, diesen Umweg zu machen. Die Fälle, die der Abg. Jhrig angeführt hat, hat er wohl als Vorstand eines Unterstützungsvereines zur Kenntnis erhalten, nicht aber als Abgeordneter, und ich glaube, daß die Witwen sich vorher an die Großh. Regierung gewendet haben. Wenn dies aber etwa noch nicht geschehen ist, werden sie Veranlassung nehmen, sofort ihre Bittgesuche einzureichen, und ich zweifle nicht, daß ihnen Folge gegeben wird. Ich bitte also die Herren, meinem Antrag zuzustimmen.

Geh. Rat Becker: Zur Frage der Überschreitbarkeit der Position: Gnadengaben an Hinterbliebene von Hauptlehrern möchte ich bemerken, daß im Berichte des früheren Herrn Budgetpräsidenten bei den Kammerverhandlungen im Landtag 1889/90 nur die Position für Unterstützungen an etatmäßige Beamte für unüberschreitbar bezeichnet und von der Regierung zustimmend anerkannt wurde. Aber die Position „Gnadengaben“ ist in jenem Bericht nicht besondere Prüfung angestellt worden; es ist sonach anzunehmen, daß hinsichtlich dieser Position die Vorschrift des Art. 11 Abs. 2 des Etatsgesetzes maßgebend ist, wonach Überschreitungen in der vergleichenden Darstellung zu erläutern und zu rechtfertigen sind.

Zur Sache selbst habe ich zu bemerken, daß vor etwa 4 Jahren im Hinblick auf die Hinterbliebenen von Volksschullehrern, welche vor dem Jahr 1892 gestorben sind, eine zusätzliche Erhöhung des Budgetsages von 15000 M bewilligt wurde mit der ausdrücklichen Bestimmung, daß daraus in erster Reihe die Hinterbliebenen der erwähnten Lehrer mit Unterstützungen bedacht werden sollen. Ich glaube, daß, wenn eine richtige Verteilung der erwähnten Erhöhung erfolgt, den berechtigten Wünschen der betr. Hinterbliebenen entsprochen werden könnte. Die nach dem Jahre 1892 hinzugekommenen Hinterbliebenen sind durch die bessere Regelung ihrer Bezüge, die für die Witwe zwischen 510 M und 780 M sich bewegen, in günstigerer Lage als jene, welche vor dem Jahre 1892 Witwen geworden sind und nur ein Wittwengeld von 300 M beziehen. Wenn eine weitere Verbesserung der Lage dieser Witwen stattfinden soll, so dürfte dies, bis im Budget selbst später ein erhöhter Betrag für Gnadengaben eingestellt sein wird, am zweckmäßigsten durch eine Feststellung bzw. eine landständische Erklärung nach dem Antrag des Herrn Abgeordneten Gießler und Genossen möglich sein, welcher Antrag vor jenem des Herrn Abg. Jhrig den Vorzug verdient.

Abg. Jhrig: Der Herr Minister hat mich falsch verstanden, wenn er gemeint hat, die Witwen hätten sich an mich gewandt. Ich habe die Angaben nur als Vorstandsmitglied eines Unterstützungsvereines zur Kenntnis bekommen und hier vorgetragen, und ich bin überzeugt, daß diese Bittgesuche dem Oberschulrat genau so vorliegen. Auf die interessanten Ausführungen des Herrn Regierungsvertreters möchte ich das Hohe Haus aufmerksam machen. Sie sehen, der allgemeine Gnadengabensfond ist überschreitbar, der für die Lehrerwitwen aber nicht. (Zurufe: Auch dieser!) Dann habe ich falsch verstanden. Dann möchte ich aber doch der Anschauung entgegenreten, als ob man den jüngeren Lehrerswitwen etwas nehmen sollte, um es den älteren zu geben. Obwohl ich die budgetrechtlichen Bedenken des Herrn Ministers nicht teile, ziehe ich doch, um die Sache nicht scheitern zu lassen, meinen Antrag zu Gunsten des Antrags Gießlers zurück, weil auch auf diesem Wege im Effekt das erreicht wird, was ich erreichen wollte, und die Großh. Regierung eine genügende diesbezügliche Erklärung gegeben hat.

Abg. Benedey: Was die budgetrechtliche Seite anbelangt, so kann ich nur erklären, daß ich mit dem Abg. Gießler einverstanden bin, da wir als gegebender Faktor mit dem Recht der Initiative selbstverständlich auch das Recht haben, zu verantragen, einen Budgetposten zu erhöhen. Ich möchte aber einen anderen Gedanken zum Ausdruck bringen. Ich habe bereits früher angeregt, eine Berechnung zu veranstalten über den finanziellen Effekt der Maßregel, daß man die Gesetze über die Hinterbliebenenversorgung mit rückwirkender Kraft auch auf diejenigen Betroffenen ausdehnen würde, welche vor dem Erlaß der betreffenden Gesetze versorgungsbedürftig geworden sind. Es wäre dies jedenfalls das radikalste Mittel, um sonstige Auswege zu vermeiden. Es hat auch etwas Deprimierendes, wenn die Hinterbliebenen auf Gnadengaben angewiesen sind, und man bedenke nur, daß die Folge davon ist, daß von Zeit zu Zeit der Schulmann Erhebungen machen und über die Lage der Betroffenen berichten muß. Es liegt auch eine zweifelhafte Härte darin, daß es rein vom Zufall abhängt, ob eine Witwe ihre auskömmliche Pension nach dem Beamtenengesetz erhält

oder auf eine Gnadengabe angewiesen ist, je nachdem zufällig ihr Mann vor oder nach dem 1. Januar 1890 gestorben ist.

Abg. Eichhorn: Wir bedauern, daß Abg. Zhrig seinen Antrag zurückgezogen hat. Ich kann aus meinem Standpunkt hier nur zum Ausdruck bringen, daß uns der Antrag Giesler vom budgetrechtlichen Standpunkt aus nicht als der richtige erscheint. Der Regierung einfach Vollmacht zu geben, einen Budgetposten zu überschreiten, hat große Bedenken und führt zu gefährlichen Konsequenzen. Wir meinen, es muß der Kammer das Recht zustehen, die Budgetposten zu erhöhen, die Regierung muß dem eben Rechnung tragen.

Der Antrag Giesler wird hierauf einstimmig angenommen, ebenso der § 61.

Zu § 63 (Beiträge zum Schulaufwand der Gemeinden) bemerkt

Abg. Hauser: In der Erläuterung zu dieser Position ist gesagt, daß der Aufwand in den nach Maßgabe der Ministerialverordnung vom 26. November 1891 eingerichteten Haushaltungsschulen neben der Vergütung für den Fortbildungsunterricht der Knaben auf die Staatskasse übernommen werden kann. Der Haushaltungsunterricht der Fortbildungsschülerinnen nimmt nun im Gebiet des Kreises Konstanz während in erfreulicher Weise zu. In den Amtsbezirken Engen und Reßfisch ist dieser Unterricht für die meisten Gemeinden eingeführt, ebenso in einer großen Anzahl von Gemeinden der Amtsbezirke Konstanz und Überlingen; es ist zu erwarten, daß auch die Bezirke Stodach und Fullendorf, wo in den Amtsstädten Haushaltungsschulen bestehen, demnächst nachfolgen. Wie in dem Berichte des Kreis Ausschusses zur letzten Kreisversammlung mitgeteilt wurde, wird gegenwärtig in etwa 70 Gemeinden mit 20 Einzel- und Gruppenturken Unterricht erteilt.

Die rasche Zunahme dieser Anstalten ist einmal begründet durch die wachsende Erkenntnis der Bevölkerung hinsichtlich des Kupfens, den sie dadurch gewahren, daß sie — wie es im Kreisbericht heißt — dazu beitragen können, durch eine bessere Volksernährung die Widerstandsfähigkeit gegen die Gefahren der Gesundheit, insbesondere auch gegen die Verbreitung der Tuberkulose zu erhöhen. Dann aber hat von Anfang an die Kreisverwaltung die Bestrebungen der Gemeinden sowohl durch kostenlose Ausbildung von Haushaltungslehrerinnen als durch Gewährung von Zuschüssen an bedürftige Gemeinden unterstützt.

Ein Hindernis für den Beitritt mancher Gemeinden, welchen die immerhin nicht unbedeutlichen Kosten Bedenken erregen, lag darin, daß nicht bekannt war, nach welchen Grundjäten und in welchem Umfang Staatszuschüsse zu den Kosten dieser Unterrichtskurse geleistet werden.

Ich erlaube mir daher, an die Großh. Regierung die Bitte um gefällige Auskunft darüber zu richten, nach welchen Grundjäten die Gewährung der Staatszuschüsse für den Unterricht der Haushaltungsschulen erfolgt.

Direktor des Oberschulrats Geh. Rat Dr. Arnspurger: Die Auskunft, die der Herr Abg. Hauser wünscht, kann ich dahin erteilen, daß der Zuschuß bezüglich seiner Höhe hauptsächlich nach Maßgabe der Leistungsfähigkeit der Gemeinden beurteilt wird. In erster Linie kommt der Aufwand für die Einrichtung der Schule. Was die Zuschüsse zum Aufwand für den Betrieb der Schulen betrifft, so läßt sich ein bestimmter Grundjät nicht aufstellen. Die Frage ist bis jetzt gesetzlich nicht geregelt. Es wurde im Budget nur ausgesprochen, daß der Aufwand für die Haushaltungsschulen unter Umständen, d. h. wenn die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen, wie der andere Schulaufwand auf die Staatskasse überwältigt werden kann. Bis jetzt wurden Zuschüsse aus der besonderen Budgetposition nur solchen Gemeinden erteilt, die sich um einen solchen Zuschuß beworben haben. Bestimmte feste Grundjäten können bei Verteilung der Mittel nicht eingehalten werden, da es sich um sehr verschiedenartige Verhältnisse handelt und die Leistungsfähigkeit der betreffenden Gemeinden mit in Betracht gezogen werden muß. Bis jetzt ist man allen Wünschen in entsprechender Weise gerecht geworden.

Die Position wird hierauf angenommen.

Zu § 64 (Staatsbeihilfen an bedürftige Gemeinden für Schulhausbauten) schließt sich der Abg. Blümmel den Ausführungen der Redner an, die für eine Erhöhung der Position eingetreten sind.

Abg. Birkenmayer: Ich stimme ebenfalls meinem Vorredner zu. Der Betrag von 50 000 M pro Jahr reicht nicht mehr. Die Verhältnisse haben sich bedeutend geändert. Viele Gemeinden sind mit anderen Aufgaben so sehr belastet, daß der auf sie entfallende Teilbetrag zu gering ist. Einige den Gemeinden früher versprochene Beiträge konnten nicht bezahlt werden, weil die bewilligten Summen zu gering waren. So konnte ein Beitrag von 1200 M für die Gemeinde Herrenschwand nicht bezahlt werden. Mit der Bezahlung dieser Summe darf nicht länger zugewartet werden. Wenn die Gemeinden deshalb Schulden machen müßten gegen Verzinsung, sollte ihnen wenigstens bei Bezahlung des Staatsbeitrags der Zinsverlust vergütet werden. Viele Gemeinden sind steuerlich sehr niedrig veranschlagt. Ich bitte dringend, in das nächste Budget höhere Summen für sie einzusetzen. Die Ge-

meinde Brandenburg braucht ein neues Schulhaus. Sie hat ein solches mit dem verhältnismäßig hohen Aufwand von 35 000 M zu erbauen. Ein Teil davon fällt auf den Nebenort Fahl, aber auf Brandenburg kommen immerhin noch 28 000 M. Man hofft, das alte Haus veräußern zu können. Immerhin aber wird noch ein so großer Betrag übrig bleiben, daß ein nennenswerter Zuschuß dringend nötig ist. Die Umlage beträgt 1 M. Die Gemeinde kann diesen Bau nicht allein bestreiten. Der Steueranschlag beträgt nur 18 000 und etliche 100 M. In der Gemeinde Blasiwald ist ein Schul- und Rathaus mit ansehnlicher Staatsbeihilfe gebaut worden. Trotzdem bleibt für diese Gemeinde immer noch ein ungedeckter Aufwand von 22 600 M. Ich bitte, dies im nächsten Budget wohl zu berücksichtigen. Auch hier ist der Fall eingetreten, daß die Gemeinde nicht das bekommen konnte, was ihr der Staat zugesichert hat. Dies soll kein Vorwurf sein. Es ist eben nicht anders zu machen gewesen. Sie hat ein großes Kapital als Schuld aufnehmen müssen und daraus ist ihr eine große Schuldenlast erwachsen. Es ist eine Umlageerhöhung notwendig von 904 M im Jahr, ich glaube, daß man diese der Gemeinde nicht ohne eine Entschädigung aufbürden darf. Der Umlagefuß beträgt jetzt schon 1 M 31 S bei einer Bevölkerung von 342 Seelen und einem Steueranschlag von nur 14 550 M. Das ist eine sehr große Belastung, besonders da sich die Steuerkapitalien in den letzten Jahren verringert haben.

Ich hätte in diesem Zusammenhang noch eine Bitte an den Oberschulrat. Die eigentümlichen Verhältnisse der Gemeinde Blasiwald sind der Großh. Regierung ja durch eine ihr zugegangene Eingabe bekannt. Es sind dort zwei kleine Grundstücke als Schulgüter vorhanden. Eines im Wert von 360 Gulden, das andere im Wert von 340 Gulden. Das letztere wurde früher nicht aus Mitteln des Schulfonds, sondern von der Gemeinde angekauft. Weil nun ein großer Aufwand vorhanden war bezüglich des Schulhausbaues, hat die Gemeindebehörde gedacht, es wäre Gelegenheit geboten, die Gemeindekasse dafür zu entschädigen und ihr diesen Komplex zu überlassen, umso mehr als das alte Schulhaus auf diesem Areal steht, und sich kein guter Käufer dafür findet, so lange der Schulfond noch Eigentümer des Bodens, die Gemeindekasse aber Eigentümerin des Gebäudes ist, da der Käufer nicht ein Gebäude wird erwerben wollen ohne den Boden. In außerordentlichen Fällen kann eine Verfeinerung des Grundstocks ja eintreten. Ich bitte, das Gesuch der Gemeinde zu genehmigen.

Präsident des Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts, Geh. Rat Dr. Zsch: Auf die Einzelheiten des Vortrags des Herrn Abg. Birkenmayer kann ich nicht eingehen, da mir nur sehr wenig von ihnen bekannt ist, und ich auch nicht glaube, daß es in den Intentionen des Hauses liegt, derartige Details zu behandeln, soweit sie noch nicht die Behörden beschäftigt haben. Ich möchte mich nur darüber aussprechen, ob nicht eine allgemeine Erhöhung der Position für Staatsbeihilfen an bedürftige Gemeinden für Schulhausbauten stattfinden kann. Wenn die Schulreform durchgeführt wird, so kann eine Erhöhung in Aussicht gestellt werden, jetzt aber halte ich eine solche unter allen Umständen für ausgeschlossen. (Abg. Birkenmayer: erst im nächsten Budget!) Auch das möchte ich dahingestellt sein lassen. Die Beiträge aufgrund des § 90 des Elementarunterrichtsgesetzes betragen ursprünglich für die beiden Budgetjahre 60 000 M, später 100 000 M, dazu kam vor einiger Zeit noch im außerordentlichen Etat ein Beitrag von 80 000 M, sodaß also die Beiträge seit 1890 von 60 000 auf 180 000 M gestiegen sind. Man sieht also, daß, wenn eine solche Position vorhanden ist, die Wünsche sich immer steigern. Der Herr Abg. Eichhorn ist gewiß unverständlich, daß er die Gemeinden mit großen Ausgaben belasten will und doch war seinem Vortrag zu entnehmen, daß die Vaulasten nach seiner Meinung den Gemeinden belassen werden sollen. Abg. Eichhorn: Wenn der Staat die übrigen Lasten übernimmt! Es ist unmöglich, allen Wünschen um Erhöhung dieser und jener Position nachzukommen. Die jetzige Position, die übrigens gewiß nicht unbedeutend ist, ist schon ziemlich weit hinaus für Wünsche vergeben. Die Übernahme auch noch der Zinsen für den Bauaufwand muß jedenfalls abgelehnt werden, ebenso wie die Übernahme von Schulden aus alter Zeit.

Abg. Köhler: Der Berichterstatter Obkircher hat in seinem einleitenden Vortrag bereits eingehend auf die Bitte der Gemeinde Paimar hingewiesen. Ich möchte kurz den Tatbestand nochmals darlegen. Die Gemeinde hat im Jahre 1878/79 ein Schulhaus erstellt mit einem Kostenaufwand von 22 886 M. Sie hat jetzt noch an der Schuld, die ihr dort erwuchs, zurückzahlen. Sie hat nun in Erfahrung gebracht, daß andere Nachbargemeinden, die inzwischen Schulhäuser gebaut haben, vom Staate mit ansehnlichen Beiträgen unterstützt worden sind. Sie kam deshalb auf die Idee, daß der Staat auch hier früher hätte etwas geben und einen Teil der Schuld hätte übernehmen sollen. So hat sie denn, die Restschuld im Betrage von 3420 M auf den Staat zu übernehmen. Die Gemeinde wurde zunächst von der Regierung abgewiesen, weil die Rücksichtnahme auf die Petition zu recht bedenklichen Konsequenzen führen würde. Der Herr Regierungsvertreter

hat nun am ersten Tag der Debatte noch besonders hervorgehoben, daß eine große Zahl von Gemeinden in einer ähnlichen Lage wäre. Ich muß indes bezweifeln, daß deren Zahl sehr groß ist. Wenn es sich aber um Berücksichtigung solcher Gesuche handelt, so fragt es sich nicht nur, wie viele Gemeinden vorhanden sind, sondern auch 2. wie viele Gemeinden werden hervortreten mit solchen Gesuchen und 3. wie viele sind in einer so bedürftigen Lage wie die Gemeinde Paimar? Wenn ich diese 3 Fragen beantworte, so muß ich sagen, daß nicht viele Gemeinden in der gleichen Lage sind wie Paimar. Wenn man es gar nicht hätte so weit kommen lassen, daß die Sache vor dem Landtag verhandelt worden wäre, sondern aus Gründen der Billigkeit die Bitte erfüllt hätte, so hätte kein Hahn darnach gekräht, und der Sache wäre abgeholfen gewesen. Wenn Konsequenzen vorgeschützt werden, so ist das in dieser Sache eine reine Ausrede für den Mangel an gutem Willen. Ich finde, daß das kein Standpunkt der Billigkeit ist. Er hätte dafür gesprochen, der Gemeinde entgegenzukommen. Auf diesen Standpunkt stellt sich auch die Kommission, nur hat sie die Gemeinde auf einen anderen Weg zur Schadloshaltung verwiesen, auf eine reichliche Unterstützung bei der beabsichtigten Wasserleitung und Straßenanlage. Ich bin der Kommission sehr dankbar und kann versichern, daß auch die Gemeinde für dieses Entgegenkommen dankbar sein wird. Das allerdings werden die Leute nicht begreifen können, daß man sie mit diesem billigen Gesuch abgewiesen hat. Ich werde Mühe haben, der Gemeinde das begreiflich zu machen. Ich kann es nicht anders als durch den Hinweis auf den Formalismus und daß ich den Leuten sage: In den Bureaus in Karlsruhe geht ein großer, strenger und mitunter recht gewalttätiger Herr um, das ist der Herr Formalismus. Vor diesem muß sich die beschreibende Frau Billigkeit mitunter schächtern und ängstlich zurückziehen.

Abg. Birkenmayer: Ich habe nicht verlangt, daß die Budgetposition auf diesem Landtag bereits erhöht werden soll. Ich habe nur gesagt, wenn die jetzigen Mittel nicht hinreichen, dann bitte ich, im nächsten Budget eine höhere Summe einzusetzen. Es ist richtig, daß die Staatsbeiträge in den letzten Jahren mehr und mehr angewachsen sind. Aber auch die Gemeinden haben mehr und mehr größere Lasten zu tragen, und die Steuerkapitalien sind in manchen Gemeinden zurückgegangen. Was die Zinsen betrifft, so habe ich nicht verlangen wollen, daß sie als solche aus einem rechtlichen Grunde ersetzt werden sollen, sondern ich habe gemeint, der Staat habe eine Zusage gemacht, sie aber nicht gehalten. Deswegen habe die Gemeinde eine Schuld aufnehmen müssen gegen Verzinsung, und ich habe gebeten, dies bei Gewährung einer weiteren Unterstützungssumme zu berücksichtigen.

Die Position wird hierauf angenommen, ebenso der Antrag der Kommission, die Petition der Gemeinde Paimar der Regierung zur Kenntnisnahme zu überweisen.

Zu § 69 (zur Förderung der Teilnahme von Lehrern [Lehrerinnen] an Ferienkursen und zur Veranstaltung solcher) bemerkt

Abg. Fröhlich: Bezüglich der Einrichtung von Ferienkursen ist mir auf meine Anfrage mitgeteilt worden, daß von dieser Position überhaupt nichts für die Volksschullehrer, sondern nur für die Mittelschullehrer zur Verwendung käme. Da nun die Vereinigungen der Lehrer und Lehrerinnen dazu übergegangen sind, Unterkurse einzurichten und die Heidelberger Professoren ihre Mitwirkung und die Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt haben, so möchte ich die Anregung geben, daß von dieser Position den beiden Vereinen zur Deckung ihrer Unkosten ein entsprechender Beitrag geleistet werde. Sollte über diesen Posten bereits definitiv verfügt sein, so möchte ich mir erlauben, zu bitten, daß derselbe im nächsten Budget erhöht werde, damit auch den Volksschullehrern ein entsprechender Beitrag gegeben werden kann.

Direktor des Oberschulrats Geh. Rat Dr. Arnspurger: Wir werden die Ferienkurse in Heidelberg tunlichst fördern. Eine Unterstützung der Lehrer zur Teilnahme an diesem Unternehmen ist mangels verfügbarer Mittel nicht möglich. Die im Budget gewährten Mittel sind durch den Ferienkurs an der Universität Freiburg für Mittelschullehrer in Anspruch genommen worden. Dagegen kann ich in Aussicht stellen, daß wir bestrebt sein werden, für das Unternehmen an sich die Gewährung eines Zuschusses herbeizuführen. Im übrigen beziehe ich mich auf meine frühere Erklärung.

Die §§ 69 und 70 werden hierauf angenommen.

Eine Anregung auf Unterbrechung der Sitzung findet nicht die Zustimmung des Hauses, und es tritt dasselbe sodann in die Beratung über die gestellten Anträge ein.

Da die Begründung des Antrags Fröhlich bereits erfolgt ist, erhält zur Begründung der Anträge Eichhorn und Genossen das Wort. Abg. Süßkind: Wir haben verschiedene Anträge eingebracht, obwohl dieselben bereits in der Kommission abgelehnt wurden. Unser erster Antrag bezweckt, daß der Antrag der Kommission bezüglich der Anzahl der auf einen Lehrer zulässigen Kinder statt auf 70 auf 60 festgelegt, und die nicht überschreitbare Zahl statt auf 100 auf 90 normiert werde. Der zweite Punkt unseres Antrages bezweckt, die dadurch entstehenden Mehrausgaben ganz auf die Staatskasse zu übernehmen. Wenn

wir diese Anträge gestellt haben, so haben wir es getan, damit diese Zahlen durch Gesetz festgelegt werden. Der Herr Minister hat erklärt, um eine Schülerzahl von 60 bis 90 zu erreichen, müßte noch ein Zeitraum von 10—12 Jahren verstreichen. Nun kann man uns doch nicht zumuten, daß wir uns mit den unhaltbaren Zuständen, die in unserem Volksschulwesen bestehen, noch länger zufrieden geben. Ich habe mir in der Kommission die Erklärung der Groß-Regierung jeweils schriftlich festgenagelt, und es hat der Regierungsvertreter am 15. März 1904 erklärt, daß für die Beschaffung von Seminarien seitens der Groß-Regierung nicht genug getan worden sei, und daß mit Neugründung von Seminarien schneller als bisher vorgegangen werde. Mit diesem Zugeständnis sind alle Beschönigungsversuche, die seitens der Berichterstatter gemacht wurden, ad absurdum geführt worden. Wir müssen der nationalliberalen Partei den Vorwurf machen, daß sie, obwohl sie ja in den letzten 30 Jahren die Macht dazu hatte, bezüglich der Ausbildung der Lehrer nicht genug getan hat. Man betrachte nur, welche Entwicklung die Schulen in Dänemark und Frankreich genommen haben. Dort hat man in den Schulen eine Höchstzahl von 35 Schülern. Der Abg. Hennig hat zwar gesagt, daß wir auch in kleineren Gemeinden Klassen mit 30 Schülern hätten. In den Städten besteht jedenfalls auf diesem Gebiete ein großer Mißstand. Damit komme ich zum zweiten Punkt unseres Antrages, nämlich der Übernahme der Mehrkosten auf die Staatskasse. Sie haben vorhin aus den Ausführungen des Abg. Birkenmayer gehört, wie sehr die kleinen Gemeinden für ihre Schulhausbauten Zuschüsse haben wollen, besonders diejenigen, welche ein geringes Steuerkapital haben. Es befindet sich im Budget auch eine Zusammenstellung der Staatsbeiträge an die Gemeinden. In dieser Summe sind selbstverständlich nur die Anteile des Staates berechnet, wir müssen uns aber auf den Standpunkt stellen, daß die Gemeinden nicht in der Lage sind, Mehrauswendungen für ihre Lehrer machen zu können.

Dann haben wir auch einen weiteren Antrag gestellt, die Groß-Regierung zu ersuchen, sofort den Bau eines weiteren Seminars in Angriff zu nehmen und die Mittel dazu durch Administrativkredit flüssig zu machen; jedenfalls aber im nächsten Budget Mittel zur Erbanung von Lehrerbildungsanstalten anzufordern. Unsere Lehrer werden nicht mit der nötigen Bildung in die Welt geschickt. Die Klassen sind viel zu groß, um ordentliche Resultate erzielen zu können. Bei kleineren Klassen können auch die einzelnen besser ausgebildet werden. In verschiedenen Seminarien mußten viele Schüler zurückgewiesen werden, weil die Seminare überfüllt waren. Wenn durch die Gehaltsregulierung der Zugang zum Lehrfach gesteigert wird, werden wahrscheinlich die beiden neuen Seminare in Heidelberg und Freiburg ebenfalls nicht ausreichen. Der Lehrermangel ist eben zu konstatieren, weil Städte schon längere Jahre Lehrer verlangt, aber nicht erhalten haben, weil keine Kandidaten vorhanden waren. Wir brauchen in Mannheim jährlich 20—25 Lehrer, in Karlsruhe und Freiburg werden die Verhältnisse ebenso liegen. Die drei großen Städte werden im ganzen den jährlichen Zuwachs für sich in Anspruch nehmen, wo bleibt da das übrige Land, wo bleibt der Ersatz für den Abgang? Baden hat eben im Verhältnis zu seiner Bevölkerungszahl viel zu wenig Seminare. Die Groß-Regierung kann einer energischen Volksvertretung keinen dauernden Widerstand entgegensetzen. Verweigern Sie doch einmal die Steuern, dann wollen wir sehen, ob die Groß-Regierung nicht nachgibt. Aber von dieser Kammer wäre es nicht zu erwarten, daß sie sich zu dem Gedanken aufschwingen würde, die Steuer zu verweigern. Dann würde die Groß-Regierung aber den Wünschen des Hohen Hauses mehr entgegenkommen. Ich bitte Sie also, unsere Anträge zu unterstützen.

In der allgemeinen Beratung ergreift niemand das Wort.

Das Schlußwort erhält

Abg. Fröhlich: Der Hauptantrag geht auf Einreichung der Lehrer in G 5 bis zum 1. Januar 1905. Der Eventualantrag geht auf Einreichung bis zum 1. Januar 1906. Der andere mehr formale Eventualantrag geht dahin, den Wunsch der Kommission auf Einreichung im Kommissionsantrag ausdrücklich zu erwähnen. Über den ersten Eventualantrag ist namentliche Abstimmung beantragt, um festzustellen, wie viele Herren tatsächlich auf dem Boden stehen, daß auf 1. Januar 1906 die Lehrer unbedingt in den Gehaltsstufen aufgenommen werden sollen. Es wird kein prinzipieller Widerspruch dagegen erhoben werden können.

Zum Schluß will ich noch auf einige Bemerkungen meiner Vordröner eingehen. Ich hebe zunächst hervor, daß zu den Vertretern ländlicher Bezirke sich der Abg. Greiff gesellt hat, der in sehr anerkannter Weise für den Gehaltsantrag eingetreten ist. Der Abg. Müller ist nur durch den Schluß der Debatte verhindert worden, dasselbe zu tun. Ich freue mich, daß durch diese beiden Herren der Eindruck noch verstärkt wird, daß nicht nur die „Phantasten“ in den großen Städten, sondern auch Männer, die im praktischen Leben stehen, den Antrag nicht für ein unerreichbares Ideal, sondern für die gesündeste Realpolitik halten. In Kürze will ich auch auf zwei Bemerkungen des Abg. Goldschmidt eingehen. Ich habe nicht gesagt, die Städte seien bereit, die Staatsschulen durchzuführen. Ich habe die städtische Bevölkerung in ihrer Gesamtheit gemeint. Daß die städtischen Verwaltungskörper nicht auf dem Standpunkt stehen, habe ich genau gewußt. Goldschmidt hat dann

meine Ausführungen über die Staatschulen in Zürich bemängelt. Ich habe mich ausdrücklich für den dortigen Zustand ausgesprochen, daß neben der Staatschule noch die Privatschule zugelassen ist. Die Staatschule muß aber so ausgestaltet werden, daß sie Leistungen aufweist, daß keine andere Korporation mit ihr konkurrieren kann. In Zürich gehen von 52 000 Schülern nur 1200 in Privatschulen. Kohnhurs hat gegen meine Begründung Einwendungen erhoben. Auch wir wissen, daß die heutige Schule Männer hervorgebracht hat, zu denen wir hinaufsehen können. Die haben sich aber doch nicht nach dem Austritt aus der Schule schlafen gelegt, sondern an ihrer weiteren Ausbildung rastlos gearbeitet. Wenn sie dann mit 30 oder 40 Jahren die Früchte ihrer Arbeit ernten, kann man das doch nicht auf Konto der Schulen noch setzen. Nicht wegen, sondern trotz der heutigen Volksschule sieht man Hunderte bedeutender Männer in die Höhe kommen. Aus den von uns gewünschten Schulen werden sie aber zu Tausenden und Zehntausenden erstehen. Der Abg. Kohnhurs hat dann ein recht lahmendes Pferd aus dem Stall gezogen und es so darzustellen versucht, als ob wir durch die Behauptung auch qualitativen Mangels gegen die heutige Lehrerschaft Vorwürfe erheben. Die tut ihre Pflicht und Schuligkeit. Wenn man aber lebenslang über 100 Schüler zu unterrichten hat und von materiellen Sorgen geplagt ist, dann hört die Künstlerische auf, dann kann höchstens ein Hungerkünstler Resultate erzielen. Dann hat der Abg. Kohnhurs recht, wenn er den Lehrer als Handwerker bezeichnet, aber er ist ein unfreiwilliger Handwerker. Wenn die Aufnahme in den Gehaltsstufen nicht bis 1. Januar 1906 geschieht, dann wird im Lehrermangel die Katastrophe eintreten. Wir müßten dann selbst vor diesem Beruf warnen. Den Abg. Kohnhurs schätze ich sehr hoch, weil er einen gewissen Idealismus betätigt. Er hat sich mir gegenüber bitter beklagt, daß wir die parlamentarische Beredsamkeit gestern nahezu entweiht hätten. Hier handelt es sich aber um zwei Weltanschauungen. Im alten Hellas wurden alle als Barbaren betrachtet, die des Griechischen nicht mächtig waren. Gerade so stehen ich und Kohnhurs einander als „Barbaren“ gegenüber. Jeder von uns glaubt aber, in Hellas geboren zu sein und die hellenische Sprache zu beherrschen. Das zwingt uns aber nicht, die Achtung vor der andern Überzeugung zu verlieren. Ich bin überzeugt, daß Kohnhurs die Volksschulen in die Höhe bringen will. Aber sein Weg wird in absehbarer Zeit nicht zum Ziel führen. Hier muß der Realpolitiker eintreten. Der Herr Minister hat in letzter Zeit nur den finanziellen Gesichtspunkt ins Gesicht geführt. Es wäre aber kein Pfennig mehr Aufwand, wenn der Staat die Gesamtlasten von 12 Mill. übernehme, als wenn der Staat 4 und die Gemeinden 8 Mill. tragen. Es sind doch immer dieselben 1,8 Millionen badischer Einwohner als Steuerzahler, die diese Beträge aufbringen müßten. Es handelt sich nur um den gerechten Modus, nach dem die Steuer aufgebracht wird.

Da muß ich nun nach den ergreifenden Schilderungen, die einzelne Kollegen heute gemacht haben, erklären, so lange Gemeinden eine Umlage von 1 M und noch höher zu verzeichnen haben, so gefällt mir der Modus, nach dem die Staatssteuern aufgebracht werden, besser. Er allein ist geeignet, den kleinen Gemeinden des Landes die Lust und Liebe an der Volksschule und ihrer glücklichen Ausbildung nicht zu vereteln. Wir haben uns gut lustig machen über das zurückgebliebene Niveau einer Schule; wären wir aber selbst Mitglieder einer solchen Gemeinde, so würden wir uns auch bestimmen, ehe wir empfehlen würden, ohne daß die dringendste Notwendigkeit dazu zwingt, einen zweiten und dritten Lehrer anzustellen, vernünftige Schulhäuser zu bauen, die Lehrmittel unentgeltlich abzugeben und dergleichen mehr. Das badische Volk aber, das in die obere Hälfte des Reichsdurchschnitts gerechnet werden darf, muß in seiner Gesamtheit immer in der Lage sein, die von der Volksvertretung als gerecht und notwendig angesehenen Lehrergehälter und die Schullasten aufzubringen. Ich glaube, das Haus sollte sich deshalb durch das Gespenst der 8 Millionen nicht beirren lassen.

Es ist ein Irrtum des Herrn Ministers, wenn er glaubt, daß ich den Eindruck machen wolle, als sei ich der Erfinder der Schulreform. Das will ich nicht, ich schöpfe nur aus dem reich sprudelnden Quell der Lehrerpétition, die ja auch dem Herrn Minister zur Verfügung steht. Ich stelle mich auch nicht als Fachmann vor, ich lese nur, wie es meine Pflicht ist, mit Verständnis und Aufmerksamkeit die uns dargebotene überreiche Fülle der Vorstellungen des badischen Lehrervereins; ich werfe das überreiche Material nicht in den Papierkorb, sondern gehe ihm nach, durchdenke es, rede mit den mir besonders nahe stehenden Herren usw. Aufgrund dessen bin ich zu der Stellungnahme während der beiden Budgetperiode in diesem Hause gekommen. Ich habe nie den Eindruck erweckt, als ob ich mich mit fremden Federn schmüden oder ein erleuchteter Schulmann sein wolle. Ich bin nicht wert, in den Schulfragen den hier genannten Namen auch nur die Schuhriemen aufzulösen. Ich bin zufrieden, mir den Gedankengang dieser Männer zu eigen zu machen und meine bescheidene Kraft daran zu setzen, ihn hier in die Tat umzusetzen. Es war nie meine Absicht, dem Herrn Minister gegenüber oder den anderen Herren am Regierungstisch beleidigend aufzutreten. Ich anerkenne die in zwei Jahren geleistete Kleinarbeit, ich sehe, daß der Oberschulrat unter Mitwirkung des Herrn Ministers die zwei Jahre nicht hat vorüber gehen lassen, ohne daß vieles zur Berücksichtigung

unserer Wünsche geschah. Aber hier handelt es sich um große prinzipielle Fragen, und so lange der Herr Minister hier nicht die Initiative ergreift in dem Sinne, wie seine rechte Hand, der Herr Oberschulratsdirektor vor zwei Jahren ausdrücklich ohne seinen Widerspruch ausgesprochen hat, so lange bleibe ich dabei, daß er für die jetzigen Zustände verantwortlich ist, so lange er nicht die Führung übernimmt in der wichtigsten Frage, die der Herr Oberschulratsdirektor vor zwei Jahren schon gekennzeichnet hat durch den Ausspruch: Der Beginn jeder Schulreform besteht in der sofortigen Erhöhung der Lehrergehälter. Darin liegt aber nicht der Schatten eines persönlichen Vorwurfs. Wir haben deutlich genug erklärt, daß der eigentliche Stein des Anstoßes, das eigentliche Hindernis, das Zentrum der Befestigung von „Fort Arthur“ durchaus nicht im Unterrichtsministerium von uns gesucht wird, sondern im Finanzministerium. Das wissen wir genau. Der Herr Minister ist aber nicht bloß Unterrichtsminister, er ist auch Staatsminister, und wir sind überzeugt, daß wenn er eintritt, wie es der preussische Kultusminister Boffe gegenüber dem Herrenhaus tat, im Staatsministerium erklärt, ich kann die Verantwortung für die Leistungsfähigkeit der badischen Schule nicht mehr übernehmen, seine übrigen Kollegen im Staatsministerium so nachgiebig werden, wie das preussische Herrenhaus 1892 sich gebeugt hat vor dem Worte eines bürgerlichen Ministers. Ich schließe mit dem Wunsche, daß es uns in 2 Jahren vergönnt sein möge, den Herrn Minister zu seinem Erfolge im Staatsministerium zu beglückwünschen. (Bravorufe.)

Der Berichterstatter Abg. Kohnhurs bittet, indem er auf das Schlusswort verzichtet, um möglichst einstimmige Annahme der Kommissionsanträge.

Der Präsident teilt mit, daß ein Antrag der Abgg. Fräuhuf, Jhrig, Eichhorn u. Gen. eingekommen sei:

Wir beantragen zum Eventualantrag I der Abgg. Fräuhuf und Gen. die namentliche Abstimmung.

Es wird zunächst der Antrag der Abgg. Fräuhuf u. Gen. vom 14. Juni d. J. mit allen gegen 18 Stimmen abgelehnt, desgleichen in namentlicher Abstimmung der Eventualantrag I der Abgg. Fräuhuf u. Gen. mit 36 gegen 18 Stimmen.

Sodann werden die Abänderungsanträge der Abgg. Eichhorn u. Gen. zu I Ziffer 1 a und b der Kommissionsanträge und zu I Ziffer 2 mit allen gegen 14 Stimmen abgelehnt.

Der Eventualantrag II der Abgg. Fräuhuf u. Gen. zu I Ziffer 3; hinter den Worten „unter Einreichung in den Gehaltsstufen des Beamtengegesetzes“ einzufügen: „wobei jedoch nicht unter Abteilung G Ziffer 5 herabgegangen werden soll“ wird mit allen gegen 1 Stimme (Abg. Jehrter) angenommen.

Der Abänderungsantrag der Abgg. Eichhorn u. Gen. zu II des Kommissionsantrags wird mit allen gegen 8 Stimmen abgelehnt.

Schließlich werden die Kommissionsanträge einstimmig angenommen.

Schluss der Sitzung $\frac{3}{4}$ 8 Uhr abends.

§ Vorschläge für unsere Taktik.

Vor dem Feind pflegt man zwar sonst seine Absichten und Pläne tunlichst geheim zu halten. Wir haben dies glücklicherweise nicht nötig; denn nach den Kammerverhandlungen und sonstigen Versicherungen maßgebender Faktoren haben wir keine Feinde, sondern nur wohlwollende Freunde. Und Freunde darf man schon in die Karten blicken lassen. Aber es kommt noch ein viel wichtigeres Moment hinzu, das uns gestattet, ganz offen unsere Agitationspläne zu besprechen.

Unsere Interessen decken sich vollständig mit den Interessen der breiten Volksmassen und am letzten Ende direkt mit den Interessen eines fortschrittlich geleiteten Staates.

Das Volk muß zur Verbesserung der Volksschulen selber drängen. Das muß unser Ziel sein. Und ich weiß aus eigener Erfahrung, daß die Arbeit nach dieser Seite durchaus nicht so schwer ist, als es beim ersten Anblick und mit Rücksicht auf gewisse entgegengesetzte Bestrebungen scheinen könnte. Man muß es nur taktvoll anfangen und betreiben. Gelegenheit bietet sich oft, in den Sitzungen des Ortschulrats, gelegentlich des Ratholens wegen eines Sohnes, welcher auf diese oder jene Mittelschule sollte, sogar da und dort in Gesellschaft und auch in maßvollen, wohlbedachten Artikeln in den Tagesblättern. Am meisten verspreche ich mir aber von mündlicher Aufklärung.

Voraussetzung dabei ist aber, daß mit größtem Nachdruck die Gesamtinteressen des Volkes wie die Vorteile des einzelnen Bürgers, sei er nun Bauer, Handwerker oder Fabrikarbeiter, betont werden und — daß die mittelbare Verbesserung der Lage der Lehrer höchstens gestreift wird. Wir haben darin vielleicht in den letzten Jahren die und da gefehlt, indem wir unsere pekuniäre Lage zu sehr betonten, zu sehr zum Ausgangspunkt der Agitation machten. Es soll

damit niemand ein Vorwurf gemacht werden. Manche Winke lassen sich erst bei längerer Erfahrung sammeln, herausbilden. So mag es auch gekommen sein, daß im Gegensatz zu früheren Zeiten, wo wir Lehrer uns schämten, unsere ärmliche Lage einzugehen, mit diesem Agitationsmittel zu sehr gearbeitet wurde. Gewiß, es wird auch nach wie vor benötigt werden müssen, aber mit einer gewissen Vorsicht und unter stetem Vergleich mit anderen Beamtengruppen. Dabei aber nicht in der Weise, daß wir schimpfen und sagen: die haben zu viel und wir zu wenig. Nein, denn wir wissen nur zu gut, daß so ziemlich alle Beamten nicht auf Rosen gebettet sind. Wir müssen aber auf die Bedeutung der einzelnen hinweisen, müssen zeigen, wie verhältnismäßig für alle Zweige des Volkslebens besser gesorgt ist als für das wichtigste: das Bildungswesen der unteren 90%. An der Hand von Beispielen aus der allernächsten Umgebung der Leute, an drastischen Beispielen aus Gegenwart und Vergangenheit, wie sie tagtäglich aus Zeitungen und Lebensbeschreibungen bekannt werden und welche zeigen, wie Intelligenz und geistige Schulung höheren Verdienst, bessere Arbeitsleistung und Gestaltung der Lage des einfachsten Arbeiters, selbst eines Kinder- oder Dienstmädchens, herbeiführen, wird es jedem klar, daß eine möglichst gute Schule bitter not tut. Es leuchtet dann jedem ein, daß die Ausgaben für Bildungszwecke gute Anlagkapitalien sind, welche dereinst reiche Zinsen tragen. Unsere breiten Volksschichten müssen einsehen lernen, daß Sparsamkeit an der Bildungsgelegenheit eine falsche ist.

In dieser Beziehung können wir von zwei starken politischen Parteien etwas lernen, von dem Zentrum und der Sozialdemokratie. Abgesehen davon, daß wir bezüglich der Ziele einen ganz anderen Standpunkt einnehmen, können wir doch hinsichtlich der Taktik von diesen beiden viel profitieren. Erst wird das Volk mobil gemacht und erwärmt für ihre Ideen, dann treten sie vor Regierung und Kammer hin und sagen: das und das muß so und so werden. Das Volk selber macht nicht mehr länger mit u. i. w. Und wenn die Minister sich auch anfangs sträuben und wehren, wenn sie auch mit Fug und Recht entgegen können: das ist gemachte Erregung der Volksseele, es hilft nicht lange; sie müssen nach und nach dem Drängen folgen und die Wünsche erfüllen. Ich erinnere nur an die Klosterfrage. Ich verweise aber auch auf die Bürgermeistertagung in Wiesloch, die sicher tiefen Eindruck machte als die wohlbegründetsten Abhandlungen in unseren Schulzeitungen. Aber gerade diese erfreuliche Unterstützung von einer bisher ungewohnten Seite zeigte, wie unangenehm eine solche Wendung mancherorts empfunden wird, und die Gegentagung in Eppingen beweist, daß der in Wiesloch beschrittene Weg erfolgversprechend ist. Sorgen wir nun dafür, daß die Wieslocher Ansicht durchs ganze Land stehend vorbringt, nicht die Eppinger.

Das werden wir erreichen, wenn wir in erster Linie unsere Pflicht in höchstem Grade tun, dabei aber keine Gelegenheit veräumen, den Leuten zu sagen: Wir können bei der heutigen Schulzeit unmöglich das leisten, was wir selber wollten, auch wenn wir uns noch so sehr anstrengen.

Wir dürfen aber auch meines Erachtens getroßt sagen: Leider werden infolge des Lehrermangels in nächster Zeit manche Lehrer werden, die nicht fähig sind, wirkliche Volkslehrer zu werden, engherzige, kurzichtige, handwerksmäßig arbeitende Lehrkräfte, die von rechtswegen vom höchsten Gut des Volkes ferngehalten werden sollten. Ich denke, auch hier muß die falsche Scham über Bord geworfen werden, die glaubt, durch Betonung dieser Schwächen dem Stand zu schaden. Diese wunde Stelle merken die Leute auch ohne unsere Berührung. Bloß werden falsche Schlüsse gezogen und falsche Ursachen angenommen, und am Ende bildet sich bei vielen der Gedanke heraus: Die Lehrer bekommen für das, was sie leisten, schon zu viel. Daß sie mit dieser Kritik sich selbst ins Fleisch schneiden und jede Verbesserung des Lehrmaterials und damit jede höhere Durchbildung ihrer eigenen Kinder hintanhalten, sehen sie nicht, können sie nicht ohne weiteres wissen. Machen wir sie deshalb auf diese Wechselwirkung aufmerksam! Sagen wir ihnen unter Bezugnahme auf das sie umgebende Leben, wie bessere Belohnung auch tüchtigere Arbeitskräfte anzieht, wie dann aber trotz höherer Ausgaben des Arbeitgebers die Einnahmen derart wachsen, daß er trotzdem besser fährt als früher. Fragen wir dann weiter: Und sollte es bei den Lehrern allein anders sein? Weisen wir hin auf die Urteile des Ministers Boffe: „Ohne gute Lehrer keine guten Schulen“, und auf das Wort unseres Oberschulratsdirektors Arnspurger: „Jede Verbesserung des Schulwesens muß mit besserer Gestaltung der Lehrerbefoldungsverhältnisse anfangen.“ Also Beispiele aus dem Leben und Aussprüche leitender Männer! Lassen wir die Leute selber sehen und urteilen, wie die und jene Gemeinde, welche das Glück hatte, tüchtige Lehrer jahrelang zu haben, zusehends aufblüht, betonen wir, daß dieses Aufblühen in engem Zusammenhang mit besserer Schulung der ganzen Generation steht und nicht von Zufällen herbeigeführt wird. Die Leute begreifen das schon, und dann wird ein ganz anderes Interesse für Schul- und Lehrerfragen wach werden. Die Leute müssen einsehen lernen, daß unsere Interessen sich mit den ihrigen

decken, daß auch die Gehaltsfrage sie angeht, indem von ihr der wünschenswerte Zugang zum Lehrberuf abhängt, quantitativ und vor allem qualitativ. Wenn das vom Volk einmal eingesehen wird, und daß es dahin kommt, ist unsere Aufgabe, dann werden die Abgeordneten schon auch nach ihrer Ansicht bezüglich dieses wichtigsten Punktes im Volksleben gefragt werden: Wie stellst du dich dazu? Und tun es die Bürger nicht, dann fragen wir Lehrer in den Wahlversammlungen selbst, und bei dem angebotenen Verfahren werden wir sicher einen wohl-vorbereiteten Boden finden, der uns unterstützt.

Dann dürfte sich aber vielleicht noch empfehlen, nicht wie bisher Gewehr bei Fuß zu stehen, sondern in das Parteileben wieder mehr einzugreifen. Bei dem direkten Wahlrecht haben wir nun ganz andere Aussichten auf Erfolg. Wir werden gut tun, wenn wir uns wieder mehr an die Parteien anschließen, die es mit dem Volk wirklich gut meinen, und als Parteimitglieder für unsere Sache nebenbei ganz energisch Stimmung machen. Das wird außerdem eine weitere angenehme Folge haben: Die Redakteure der Tageszeitungen, welche doch alle mehr oder weniger unter dem Einfluß der oder jener Partei stehen, werden viel bereitwilliger unsere aufklärenden Artikel aufnehmen, als wenn wir abseits stehen. Unter Umständen können wir unter Hinweis auf unsere Parteizugehörigkeit die Aufnahme geradezu fordern. Es eröffnet sich hier ein Arbeitsfeld von weitestem Umfang und größter Bedeutung.

Endlich hätten wir noch ein Augenmerk auf den Zugang zum Lehrberuf zu richten. Gute Köpfe und viel versprechende Charaktere herein! Sie müssen unsere Reihen ergänzen und den Kampf weiterführen. Schwachköpfe und Unfähige sollten wir aber mit allen Mitteln fern zu halten suchen. Sie verderben uns das Spiel. Dabei handeln wir nicht nur im Standesinteresse, sondern in erster und letzter Linie im Volksinteresse.

Dies meine Gedanken über die Arbeit des Einzelnen neben der Taktik unseres Vereinsvorstandes, die ich nicht berühren will, und die in großen Zügen durch die Programmpunkte festgelegt ist.

Auf! Jeder an seinen Posten zum Wohl unseres Standes, aber hauptsächlich zum Segen der breiten Massen des Volkes und damit zum Heil des Vaterlandes!

K.

Zur Frage der Taktik.

Durch die Stellungnahme einiger Abgeordneten in der II. Kammer gegen eine den Verhältnissen oft wenig entsprechende Kritik und durch die Besprechung der Maßnahmen des Lehrervereins und seines Vorstandes zur Herbeiführung befriedigender vel. Verhältnisse durch Hrn. Ehrig in der Konferenz Ladenburg ist die Frage der Taktik aktuell geworden. Man kann nun gewiß verschiedener Ansicht darüber sein, ob es klug war, angesichts der inneren Vereinslage gerade jetzt und von jener Seite diese Frage anzukündigen. Eines aber ist nicht von der Hand zu weisen: die Frage der Taktik ist außerordentlich wichtig für unsere Vereinsarbeit und verdient deshalb eine ebenso ruhige und sachliche wie gründliche Behandlung. In den Schulzeitungen haben sich Kollegen in dieser Sache schon verschiedentlich geäußert. Die Art der Behandlung ist aber keineswegs geeignet, Klarheit zu schaffen. Sie muß vielmehr verwirrend wirken, weil sie — soweit das sog. „Fählungnehmen“ mit den Behörden in Betracht kommt — nicht auseinanderhält: Beratung und Beschlussfassung bezüglich der einzelnen Postulate einerseits und Maßnahmen zur Verwirklichung derselben andererseits. Daß die Lehrerschaft die Beratung und Beschlussfassung vollständig selbstständig durchführen soll, ist selbstverständlich. Es fragt sich nur, ob es nicht im Stadium der Verwirklichung dieser Beschlüsse angezeigt erscheint, daß der Vorstand in den wichtigsten Fragen mit den Organen der Schulverwaltung in persönliche Verbindung tritt. Die Antwort auf diese Frage kann uns gewiß nicht schwer fallen. Es handelt sich demnach, soweit der Vorstand in Betracht kommt, im wesentlichen nur um eine Ergänzung der vereinstaktischen Maßnahmen zur Verwirklichung der in vollständig selbständiger Weise durch die Lehrerschaft festgestellten Postulate.

Ein solches gelegentliches „Fählungnehmen nach oben“ steht durchaus nicht im Widerspruch mit unserer „offiziellen“ Taktik, der Taktik der Selbständigkeit, wie man sie bezeichnen könnte. Nur wer eine gründliche Aussprache verhindern will, kann dies behaupten. Statt in eine objektive Prüfung einzutreten, wird mit Schlagwörtern geriert, und so hört man denn wieder in allen Tonarten das Lied vom unwürdigen „Antichambrieren“. Das Kriterium des letzteren ist aber doch das Ausgehen der selbständigen Beschlussfassung, das „Hörchen“ und „Schießen“ nach „oben“ schon im Stadium der Beratung und Festlegung der Beschlüsse. Daß eine solche Taktik von keiner Seite gewünscht wird, ist überflüssig, besonders zu betonen. Mit Recht verlangt die Lehrerschaft, daß alle Fragen durch die Organe des Vereins selbstständig geprüft und behandelt werden sollen. Aber davon wurde weder in größeren Versammlungen noch in der Schulpresse jemals gesprochen, den persönlichen Verkehr mit den maßgebenden Behörden möglichst einzuschränken, oder gar ganz aufzugeben, wie sich

dies bei uns durch verschiedene Umstände in den letzten Jahren ergeben hat.

Nachdem nun in der Beurteilung verschiedener Faktoren, besonders auch der Oberschulbehörde bei der Lehrerschaft und ihrer Vertretung — es sei bezüglich der letzteren nur an den Toast in Baden erinnert — sich ein Umschwung vollzogen hat, steht wohl einem gelegentlichen, persönlichen Zusammenwirken in besonders wichtigen Fragen nichts mehr im Wege. Wir denken dabei keineswegs an eine Belagerung des Zirkels durch den Obmann oder seinen Vertreter. Jedenfalls ist aber diese Frage einer sachlichen Würdigung wert. Ein solches Fühlungsnehmen dürfte gewiß auch manches Vorurteil hinwegräumen, nicht nur bei der Lehrerschaft, sondern auch bei den Behörden.

In den letzten Jahren ist der Lehrerschaft erfreulicherweise ein Bundesgenosse erwachsen im Leiter der Oberschulbehörde, Herrn Dr. Arnspberger. Fühlt sich nun die Lehrerschaft und ihre Vertretung demselben zu Dank verpflichtet, so kann dieser am besten dadurch zum Ausdruck gebracht werden, daß der Weg gemeinsamer Arbeit am Ausbau der Schule auf dem Boden gegenseitigen Vertrauens mehr und mehr beschritten wird. Auf eine mehr lärmende Kundgebung nach außen, wie sie vor zwei Jahren durch ein Dankesvotum in der Konferenz Mannheim vorgeschlagen wurde, dürfte Herr Oberschulratsdirektor Dr. Arnspberger wohl gerne verzichten. Daß er sich durch seine entgegenkommende Stellungnahme den Dank der Lehrerschaft verdiente, ist von niemand bestritten worden. Jene Kundgebung wurde vielmehr bekämpft, weil sie gar nicht in den Rahmen der ganzen damaligen Agitation paßte. Zudem erklärten einige Gegner derselben, daß sie grundsätzlich keine Freunde solcher Erklärungen seien, und bekämpften deswegen auch das mit jenem Dankesvotum verbundene Vertrauensvotum an den Vorstand. Nur die Erklärung des Antragstellers, daß Stimmhaltung als Mißtrauensvotum aufgefaßt werden müßte, bewog sie, der höchst überflüssigen Vertrauenskundgebung zuzustimmen.

Wozu überhaupt diese Resolutionen, die selbst im eigenen Lager ihrer allzuhäufigen Anwendung und der Art wegen, wie sie meist entstehen und „gemacht“ werden, sich nicht gerade des besten Rufes erfreuen. In vielen Fällen sind sie nur eine treffliche Illustration des Wortes: Viel Geschrei und wenig Wolle! Wenn durch Resolutionen die Schule und ihre Entwicklung wesentlich gefördert würden, müßten wir in Baden nahezu am Ziel unserer Wünsche stehen. Wie groß aber in Wirklichkeit der praktische Wert derselben ist, zeigt so recht der Resolutionssturm in der Vorbildungsfrage vor einiger Zeit. Als ob die maßgebenden Stellen auch ohne diesen nicht genützt hätten, daß die Lehrerschaft, soweit sie überhaupt Verfechterin idealer Forderungen aus Überzeugung ist, trotz der neuesten Regelung dieser Verhältnisse an der Mittelschulbildung festhalten würde. Viel mehr wert als solche Kundgebungen wäre die Agitation durch die Tat, die praktische Beschreitung des von der Lehrerschaft vorgeschlagenen und gewünschten Bildungsweges durch die Lehrerväter, denen dies einigermaßen möglich ist.

Doch lehren wir wieder zurück zur eigentlichen Frage der Taktik. Eines schickt sich nicht für alle. So ist es auch mit der Taktik. Neue Verhältnisse erfordern neue Maßnahmen. Im jetzigen Zeitpunkt kann und muß unsere Stellung gegenüber der Oberschulbehörde und wenigstens teilweise auch einem andern wichtigen Faktor, der nat.-liberalen Partei, gegenüber eine andere werden als früher. Wir denken dabei nicht an die „offizielle“ Vertretung des Standes als solche, sondern an die Tätigkeit der einzelnen Vereinsbeamten und Vereinsmitglieder in der Presse und in Versammlungen. Hier muß nun ausgesprochen werden, daß es höchst wünschenswert ist, wenn die Art, wie manchmal von unverantwortlicher Stelle in unserer Presse, und wie auch ab und zu von verantwortungsvoller Stelle in Versammlungen in taktisch wenig kluger und — wenigstens objektiv — rein „agitorischer“ Weise gearbeitet wird, eine Änderung erfährt. Ein solches Überschaumen ist wohl geeignet, agitatorische Augenblickserfolge zu erzielen, aber keineswegs unsere Interessen wirksam zu fördern.

Gewiß wird die Lehrerschaft sich nie einer gerechten Kritik enthalten dürfen. Wenn wichtige Interessen der Schule und der Volksbildung in Frage stehen, muß mit Entschiedenheit und Freimut die Anschauung der Lehrerschaft zum Ausdruck gebracht werden. Der Arzt, der heilen will, muß auch oft die Sonde in die Wunde einführen; aber er wird nicht mit Wohlbehagen darin herumwühlen. Die Wunde ist eben nicht der Operation wegen da; ebenso wenig ist aber auch unsere Organisation der Agitation wegen geschaffen worden. Operation, wie auch Kritik und Agitation haben Sanierung und nicht Verletzung zum Zweck.

Auch in der Vereinsarbeit liegt der gold'ne Mittelweg zwischen den Extremen. Die Begehung desselben bietet allerdings weniger Abwechslung und erfordert mehr Ausdauer und Geduld als der Weg der lauten Agitation. Auf dem harten Pfad selbstloser Pflichterfüllung im Interesse der sachlichen Förderung der Schule und ihrer Verhältnisse schießen die Vertrauensvoten nicht immer auf Wunsch wie Pilze aus dem Boden und fehlen die herausdringenden Beifallskürme. Wer diesen Weg begeht, muß seinen Lohn finden im Bewußtsein, einer hohen Sache

in Treue gedient zu haben. Wem allerdings der Beifall der Menge zum Bedürfnis geworden, der mag auch fernerhin den breiten und bequemeren Weg der lauten Agitation wandern. Der Lehrerschaft aber in ihrer großen Mehrheit wird es, wie wir hoffen, nach ernster und sachlicher Prüfung nicht schwer werden zu entscheiden, welcher Weg der entsprechendere und würdigere und deswegen im Interesse der wirklichen Förderung unserer Postulate und Wünsche, der standespolitischen Erziehung unseres Nachwuchses und nicht zuletzt auch im Interesse der Volksbildung zu beschreiten ist.

(Wir geben diesem Artikel Raum, weisen aber zugleich auf den Artikel „Zu den Landtagsverhandlungen“ hin. Die Vg.)

Verschiedenes.

Heidelberg. Seine königliche Hoheit der Großherzog haben 1. in gleicher Eigenschaft veretzt: den Kreis Schulrat Friedrich Blaz in Konstanz nach Baden, den Kreis Schulrat Dr. Ernst Engel in Mosbach nach Mannheim, den Kreis Schulrat Dr. August Stöder in Billingen nach Konstanz; 2. den Reallehrer Johann Steiger am Lehrerseminar II in Karlsruhe zum Kreis Schulrat in Billingen ernannt.

Pforzheim, 31. Juli. Zu gleicher Zeit mit Rektor Rücklin von der Gewerbeschule ist nun auch Rektor Fees von der städt. Höheren Töchter Schule in den Ruhestand getreten. Herr Fees, welcher etwa 50 Jahre hier lehrend tätig gewesen, war erst Volksschullehrer, dann Gewerbeschulhauptlehrer und wurde 1863 Vorstand der Höheren Töchter Schule, die er bis jetzt mit unermüdetem Eifer und großer Lehrbegabung leitete.

Vorseminar in Neuenheim. Das erste Schuljahr hat begonnen. Wie wir erfahren, sind 36 Jünger angenommen worden. Die Aufnahmeprüfung fand am Montag und Dienstag unter dem Vorsitz des Geh. Hofrat Weygoldt in Karlsruhe statt. Als überzählig mußten mehrere Jünger zurückgewiesen werden.

Aus Baden. Überall, wo Lehrer zusammenkommen, wird 3. Jt. der zwischen den Herren Jhrig und Ehinger (Mannheim) ausgebrochene Streit unter dem Ausdruck des Bedauerns besprochen, so auch von den Kollegen, die zum akademischen Ferienkurs versammelt sind. Auf Veranlassung der beiden genannten Herren nahm bekanntlich die Konferenz Ladenburg in einer Erklärung, welche in der letzten Nummer der beiden Schulzeitungen abgedruckt ist, Stellung. Dazu bemerkte die Zeitung des Vereinsblattes, ohne sich selbst zur Sache zu äußern, für die Bad. Schulzeitung sei der Streitfall erledigt, was gewiß in der besten Absicht geschah. Hätte nur die „Neue Bad. Schulzeitung“ ähnlich gehandelt. Die einseitige Art aber, mit der die „Neue“ die Angelegenheit behandelt, macht es zur Notwendigkeit, im Interesse der schwer angegriffenen Ehre des Herrn Jhrig im Vereinsblatt nochmal darauf zurückzukommen, zumal viele Vereinsmitglieder eine Darstellung auch von nicht direkt beteiligter Seite — jedoch von einem Teilnehmer der betr. Konferenz — für wünschenswert erachten, welchem Wunsche hiermit entsprochen werden soll.

Herr Jhrig, der anlässlich einer Vorstandssitzung des Witwen- und Waisenstifts zufällig bei der Konferenz anwesend war, wurde vom Vorsitzenden mehrmals ersucht, bezüglich seiner Erfahrungen und gewonnenen Eindrücke im Landtage das Wort zu ergreifen. Seine diesbezüglichen Ausführungen bezogen sich darauf, was in Zukunft etwa geschehen könnte, um unsere Ziele zu erreichen. Wir sollen, ohne von unseren Forderungen im geringsten abzugehen und ohne unsere Selbstständigkeit und Unabhängigkeit aufzugeben, neben den Abgeordneten der beiden Kammern auch die Großh. Regierung durch geeignete Fühlungnahme zu gewinnen und zu überzeugen suchen, da sie einer der wichtigsten Faktoren der Gesetzgebung sei und zunächst namentlich die Vorlage auszuarbeiten habe. Wie diese ausfalle, sei für die endgültige Erledigung der Angelegenheit von großer Bedeutung. Geschehe die Fühlungnahme in obigem Sinne nicht, so würde er die Taktik als verfehlt betrachten. Diese Ausführungen Jhrigs bezogen sich also nicht auf die Vergangenheit, sondern lediglich auf die Zukunft; sie können darum niemals mit Recht eine „Kritik“ der Vereinsleitung oder gar ein „Angriff“ auf dieselbe genannt werden. Wenn nun Herr Jhrig besonders aufgrund seiner Erfahrungen, die er im Landtag machte, zu obiger Ansicht kam, so war es nicht nur sein Recht, sondern auch seine Pflicht, erstere offen auszusprechen. Es muß aber betont werden, daß die Ausführungen des Herrn Jhrig in sehr ruhiger und sachlicher Weise ohne jede Leidenschaft geschahen.

Es wäre darum wünschenswert gewesen, wenn Herr Ehinger in der gleichen statt in so derber Weise seine Ansicht geäußert hätte. Das alles würde aber die Konferenz Ladenburg und noch weniger die anderen Mitglieder nicht in Aufregung gebracht haben, wenn nicht Herr Ehinger, ohne Mitglied der Konferenz zu sein und ohne daß in dieser über den betr. Gegenstand weiter diskutiert oder ein Beschluß gefaßt worden war, in Nr. 28 der beiden Schulzeitungen aus der „Konferenz Ladenburg“ einen so scharf gehaltenen Bericht geschrieben und in Nr. 31

die — laut Feststellung der Konferenz — unrichtige Behauptung aufgestellt hätte, Herr Zhrig habe erklärt: „Die Taktik des Vereinsvorstandes ist eine verfehlte.“ Den größten Teil der Verantwortung für den unerquicklichen Streit und die dadurch im ganzen Lande verursachte Aufregung trifft also Herr Ehinger, was in der Konferenz mehrfach hervorgehoben wurde. Wenn nun Herr Zhrig bei seiner Abwehr in der Hitze des Gefechts auch ein scharfes Wort entschlüpfte, so muß man billigerweise berücksichtigen, daß er herausgefordert wurde.

Wie behandelt nun die „Neue“ die Sache? Um es gleich deutlich zu sagen: in einseitiger und ungerechter Weise. Für sie spielt die Erklärung der Konferenz Ladenburg, soweit sie für Herrn Zhrig günstig, für Herrn Ehinger aber ungünstig lautet (Ziffer 1), keine Rolle; dieser Teil erscheint beiseite in kleinem Druck, und es wird getrost auf der doch durch sie widerlegten Behauptung des Herrn Ehinger weiter gebaut (Artikel „aus dem Konferenzbezirk Neckargemünd“). Der aber für Herrn Zhrig ungünstig und Herrn Ehinger günstig scheinende Teil der Resolution (Ziffer 2) prangt groß in Fettschrift. Dabei überläßt natürlich die Redaktion, daß das unter Ziffer 2 Gesagte im Widerspruch steht zu dem Inhalte unter Ziffer 1, worauf schon während der betr. Konferenz ein Mitglied, wenn auch ohne Erfolg, aufmerksam machte. Dem Leser wird der Widerspruch bereits aufgefallen sein. Da Herr Zhrig die Taktik des Vereinsvorstandes nicht kritisiert hat (er sprach nur von der Zukunft, worüber doch eine Kritik durch ein gewöhnliches Menschenkind ein Ding der Unmöglichkeit ist), so konnte sich auch Herr Ehinger nicht „gegen die an der Taktik des Vereinsvorstandes geübte Kritik“ gewandt haben. Der Punkt, um den es sich hauptsächlich handelte, war der von Herrn Zhrig gegebene bekannte Rat, bezüglich dessen eben Herr Ehinger eine andere Ansicht vertrat. Nun spricht die „Neue“ von „freier Erfindung“, und mit dem Begriff „Denunziation“ wirft sie nur so um sich. Ist es denn nicht Herr Ehinger selbst gewesen, der seinen Ausdruck „Schlag ins Gesicht“ der Vereinsleitung gegenüber zugleich mit Herrn Zhrig, auf dessen von der Konferenz festgestellten Ausführungen er sich doch bezog, in die beiden Schulzeitungen (Nr. 31) brachte? Wer kann nun bei dem besten Willen verhindern, daß die Leser die sich mit Naturnotwendigkeit daraus ergebenden Schlüsse ziehen? Wenn also wirklich denunziert worden wäre, so würde Herr Ehinger sein eigener Denunziant sein. Die mit so vielem Pomp in die Welt posante Denunziationsgeschichte fällt also in sich selbst zusammen, und es wurde Herr Ehinger damit ein schlechter Dienst erwiesen.

(Da der Artikel beruhigend wirkt, geben wir ihm auf wiederholtes Verlangen Raum. Wir bitten aber nochmals alle Vereinsmitglieder, in ihren Berichten sachlich zu bleiben und persönliche Feindschaften, die bei uns zum Schaden der Lehrerschaft zu häufig vorkommen, möglichst zu vermeiden. Das Urteil darüber, wer in dem vorliegenden Streitfall die Hauptschuld trägt, überlassen wir den Kollegen. D. Vtg.)

Baden. Wir lesen in der „Offenburger Zeitung“: „Universitätsbildung und Volksschullehrer! Akademische Bildung ist zur Zeit das Schlagwort, welches wie ein elektrischer Funke viele Gemüter in Lehrerkreisen durchzuckt und bewegt. Man hofft davon alles Heil sowohl in materieller Hinsicht für das Portemonnaie des Lehrers, als auch in geistiger Hinsicht für Schule und Volk. Soviel ist aus der Erfahrung sicher, daß die Zwirnsfäden der Bildung nicht imstande sind, die Bestie der Leidenschaften im Menschen allein zu zähmen. Doch Nutzen und Bedürfnis dieser Bildung soll hier nicht erörtert werden. Praktisch haben die Lehrer in Unterfranken (Bayern) diese Frage gelöst. Im „Unterfränkischen Schulanzeiger“ nämlich (Nr. 5) wurde ein Universitätsferienkurs für Volksschullehrer ausgeschrieben. Derselbe sollte in Würzburg vom 21. Juli bis 3. August d. J. stattfinden. Ein Universitätsprofessor und ein Volksschullehrer hatten den Aufruf unterzeichnet. 12 Dozenten waren bereit, den nach akademischer Wissenschaft lechzenden Herrn den tiefen Born ihres Wissens zu eröffnen. Aber, siehe da, niemand kam zu schöpfen. Der Kurs konnte nicht stattfinden wegen zu geringer, oder vielleicht richtiger gesagt, wegen gar keiner Beteiligung. Diese Tatsache erscheint in um so grellerer Beleuchtung, als das Honorar nur auf 25 M. angesetzt war, und gerade solche Themata gewählt waren, die in der Lehrerpresse im Vordergrund stehen. Wo waren denn die Herren, die auf Konferenzen und sonst so für Universitätsbildung schwärmen? Warum sind sie nicht herbeigeeilt und haben Kollegen mitgebracht, um zu den Füßen der Professoren in den hl. Hallen der Akademia die Goldtröpflein der Wissenschaft begierig aufzunehmen? So hat die Lehrerschaft Unterfrankens praktisch, wenn auch unbewußt, diese brennende Frage gelöst, über welche in der Theorie soviel geschrieben und gedruckt wird. Es ist diese Tatsache allerdings auch die heißendste Ironie auf die hochtrabenden und schwulstigen Sprüche so mancher Bildungsenthufianen.

(Wir sind davon überzeugt, daß man sich auch in Zentrumsreisen für diese Auffassung der Hochschulkurse bedankt. Wenn die Lehrer in den Ferien nach den Universitätsstädten eilen, um die berufliche und allgemeine Bildung zu vertiefen, so ist dies ein höchst anerkennenswertes Streben, für welches man in allen Gesellschaftskreisen Verständnis finden

sollte. Wir können übrigens den Schreiber obigen Artikels trösten: der Heidelberger Hochschulkurs nahm einen glänzenden Verlauf; über 300 Teilnehmer hörten mit Eifer vierzehn Tage lang die trefflichen Vorträge ausgezeichnete Dozenten, die es in hohem Grade verstanden, die Lehrerschaft anzuregen zu einem zielbewußten Weiterstreben. Daß dabei sogar kath. Geistliche mit den Lehrern in wissenschaftlichem Streben wetteiferten, ist ein Beweis, daß der Katholizismus mit der Auffassung obigen Artikels nichts zu tun hat. Die Zeitg.)

Totentafel.

Ludwig Wilhelm Ruf †.

Rasch tritt der Tod den Menschen an.

Pötzlich und unerwartet hat die kalte Hand des Todes in ein bisher glückliches Familienheim eingegriffen und ein Lehrerleben zum Abschluss gebracht, ein Leben voll Arbeit und Mühe, aufgeopfert in treuer Pflichterfüllung, tatkräftiger Hingabe an die Ständesinteressen.

Oberlehrer Ludwig Wilhelm Ruf in Kuppenheim wurde nämlich Montag, den 25. Juli von dem unerbittlichen Tode, in gesundem blühenden Mannesalter stehend, dahingerafft. Am Freitag, den 22. Juli erlitt er, nachdem er vorher dienstlich im Rathaus beschäftigt war, auf dem Heimweg einen Gehirnschlag und erreichte nur noch mit Mühe seine Behausung. Ohne auch nur noch ein Wort zu seinen Angehörigen reden zu können, und ohne das Bewusstsein noch einmal erlangt zu haben, verschied er dann am Montag in der Frühe.

Mit ihm ist ein Lehrer heimgegangen, der tief von der Wichtigkeit und dem hohen Wert seines Berufes durchdrungen war. Namentlich den jüngern Kollegen war er ein treuer Berater und aufrichtiger Freund, und manchem derselben, worauf etliche Beileidsbekundungen ganz besonders abheben, in der Praxis ein leuchtendes Vorbild, ja ist es noch bis heute. Bei all diesen hat er sich ein bleibendes Denkmal im Herzen gepflanzt. Auch war er ein eifriges und rühriges Konferenzmitglied, sowie er namentlich als Bezirksrheber des Witwen- und Waisenstiftes manche Freude in das Heim einer Lehrerswitwe trug.

Ludwig Wilhelm Ruf ist geboren den 8. September 1851 in Hattungen, Amts Lörrach. Er besuchte von 1867—1870 das Seminar in Meersburg. Bis 1874 war er Unterlehrer in Östringen, woselbst er auch seine spätere Gemahlin kennen lernte. Nachdem er Schulverwalter in Schlossau war, wurde er 1875 Hauptlehrer in Wutöschingen, wo er 1876 heiratete. Von 1881—1893 in Mühlenbach im Kinzigtal tätig, siedelte er sodann nach Kuppenheim über, wo er bis zu dem so raschen Tode seinem Berufe oblag.

Wie beliebt er an all diesen Orten war, bezeugten die zahlreich Erschienenen, um ihm persönlich das letzte Geleit zu geben, sowie die vielen Trauerbekundungen. Überaus gross war namentlich die Beteiligung der hiesigen Gemeinde sowie der Nachbarkollegen an dem Leichenzug. Diese sowie der Gesangverein „Treue“ und der Kirchenchor sangen ihm den letzten Scheidegruss. Möge ihm das Grab die Pforte zu himmlischer Freude sein!

K.

W...l.

Badischer Lehrerverein.

Empfangsbescheinigung.

An Jahresbeiträgen gingen ein von den Herren:

| | | | |
|------------------------|-------|-------------------|-------|
| Bader-Stetten a. k. M. | 16.— | Knodel-Mannheim | 800.— |
| Koch-Riedöschingen | 46.— | Weitzel-Ladenburg | 81.70 |
| Strittmatter-Meersburg | 74 05 | | |

NB. Die Beiträge sind ganz frei einzusenden.

Waldulm, den 10. August 1904.

Die Verrechnung: A. Zähringer.

Kreislehrerbibliothek Offenburg.

Die Bibliothek bleibt für die Dauer dieses Monats geschlossen.

Offenburg, 8. August 1904.

J. Wohlfart, Bibliothekar.

Briefkasten.

1. An W. in J. Wir kümmern uns nicht um Rügen, die uns Herr Franz Treiber glaubt erteilen zu können, beherzigen aber immer gern den Rat treuer Vereinsmitglieder, die auch im Vereinsorgan so lange zu Wort kommen, als sie die Wahrheit suchen und den Verein nicht schädigen. Persönlichen Pressfeinden sollte auch keine zu grosse Bedeutung beigemessen werden. Die Ltg.

2. Die Leser des Vereinsorgans bitte ich gütigst berücksichtigen zu wollen, dass ich in den nächsten 2-3 Wochen verreise bin.

3. An Verschiedene. Unter erheblichen Opfern ist es uns gelungen, eine der wichtigsten Vortragsreihen im Hochschulkurs im Vereinsorgan nahezu wörtlich zu bringen und dadurch Anregung auf einem der wichtigsten Gebiete unserer Allgemeinbildung zu geben und zugleich einen Einblick in die Arbeit bei den Kursen zu gestatten. Würden alle Vereinsmitglieder pflichtgemäß das Vereinsorgan halten, so könnte man demselben eine ganz andere Ausstattung geben. Die Freude am nichtssagenden Kleinkram würde dann auch bald schwinden. Die Ltg.

4. M. in A. Solange der Vertreter des ersten Lehrers nicht bestellt ist, versieht der dienstälteste Hauptlehrer die Obliegenheiten des ersten Lehrers.

5. L. in D. Der definitiv angestellte Lehrer ist eo ipso badischer Staatsbürger.

Vereinstage.

Adelsheim. Die verehrlichen Mitglieder des Pestalozzi-Vereins werden dringend ersucht, baldigst ihre Beiträge an Unterzeichneten abliefern zu wollen. Bei Postsendung 10 $\frac{1}{2}$ Zustellgebühr.

Knörzer, Bezirksverw.
Breisach-Burkheim. Samstag, 20. August, nachm. $\frac{1}{2}$ 3 Uhr, gemeinschaftliche Konferenz in Breisach, Bierbrauerei Franz. Herr Kreisvertreter Hettich Freiburg wird der Konferenz anwohnen. Vollzähliges Erscheinen erwünscht K. Hug.

Burkheim. Samstag, 20. August, nachm. $\frac{1}{2}$ 3 Uhr, zu Breisach, Brauerei Franz, Zusammenkunft gemeinschaftlich mit der Konferenz Breisach. Herr Kreisvertreter Hettich wird die Versammlung besuchen und einen Vortrag halten. Angst, Vors.

Bühl. Mittwoch, 17. August, nachm. $\frac{1}{2}$ 4 Uhr, freie Konferenz im „Sternen“ in Bühl. T.O.: 1. Vortrag. 2. Einzug der fälligen Beiträge für den Pestalozzi-Verein, Lehrerverein u. Witwen- und Waisenstift. 3. Verschiedenes. Zahlreiche Beteiligung erwartet Rudolf.

Emmendingen. Samstag, 20. Aug., nachm. 3 Uhr, Familienzusammenkunft in Thennenbach. Herr Kollege Schüssler-Brettenthal wird einen kurzen Vortrag über „Nebenverdienst“ halten. Für Musik- und Gesangsvorträge ist gesorgt. Zu recht zahlreichem Besuche wird freundlichst eingeladen. Der Vors.

Freiburg-Tal u. Wald. Samstag, 20. Aug., nachm. 3 Uhr, freie Konferenz im Gasthaus z. Adler in Kirchzarten. T.O.: 1. Vortrag. 2. Einzug der Beiträge in den Lehrerverein und das Witwen- und Waisenstift. 3. Austeilung der Sprichwörter-Erklärungen. 4. Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen erbittet Buselmeier.

Furtwangen. Mittwoch, 17. August, nachm. 3 Uhr, Konferenz im „Rössle“ zu Furtwangen. T.O.: 1. Vortrag. 2. Einzug der fälligen Beiträge für den Pestalozzi-Verein, das Witwen- und Waisenstift und den Lehrerverein. 3. Berichtigung und Bestellung des Schulkalenders. (Schülerzahl mitbringen!) Wer am Erscheinen verhindert ist, möge für Entrichtung der Beiträge besorgt sein. Derndinger.

Karlsruhe-Land. Mittwoch, 17. August, nachm. 3 $\frac{1}{2}$ Uhr, freie Konferenz im Palmengarten. T.O.: 1. Begrüßung und Protokoll. 2. Vereinsangelegenheiten. (Feststellung der Versetzungen und Schulkalender.) 3. Stellung zur Herrigel'schen

Petition. (Neuregelung des Religionsunterrichts in den Volksschulen betr.) 4. Einzug von Pestalozzi-, Witwen- und Waisenstifts-, Lehrervereins- und Lehrerbibliotheksbeiträgen. 5. Verschiedenes. Vollzähliges Erscheinen erwartet Ma'sch.

Linzgankonferenz. Auf Mittwoch, 17. August, nachm. 3 Uhr, werden die Mitglieder der Konferenzbezirke Meersburg-Markdorf, Pfullendorf, Überlingen und Salem zu einer gemeinsamen Konferenz in das Bahnhofhotel Mimmenshausen eingeladen. Herr Beirat Rödel aus Mannheim wird einen Vortrag halten. Zahlreiches Erscheinen erwünscht Strittmatter, Schmid, Blattner.

Müllheim. Samstag, 20. August, nachm. $\frac{1}{2}$ 3 Uhr, freie Konferenz in der „Blume“ in Hügelheim. T.O.: 1. Vortrag des Herrn Kollegen A. Schmidt-Seefeld. 2. Einzug der Lehrervereinsbeiträge. 3. Verschiedenes. Zahlreichem Besuche sieht entgegen Der Vors.

Offenburg. Samstag, 20. Aug., nachm. 3 Uhr, freie Konferenz in der „Zauberflöte“. T.O.: 1. Vortrag. 2. Rückständige Beiträge. (Bibliothek, Pestalozzi-Verein, Witwen- u. Waisenstift.) 3. Beitrag für den Lehrerverein. 4. Austeilung der Schriften für Naturkunde. Punkt 2, 3 und 4 werden besonderer Beachtung empfohlen. Der Vors.

Rheinbischofsheim. Die verlegte Konferenz findet nun endgiltig am Samstag, 20. August, nachm. 3 Uhr im Gasthaus zur Blume in Lichtenau statt. T.O. bekannt. Diejenigen Herren, welche nicht erscheinen können, werden gebeten, die Beiträge einem Kollegen mitzugeben oder dem betr. Erheber direkt zu senden, da der Termin ohnedies etwas spät ist. Zahlreicher Beteiligung, insbesondere auch seitens der geehrten Damen, sieht entgegen Der Vors.

Schönau b. H. Samstag, 20. August, nachm. $\frac{1}{2}$ 3 Uhr, Konferenz im „Lamm“ in Heiligkreuzsteinach. T.O.: 1. Vortrag des Herrn Knodel-Mannheim über Rechenunterricht. 2. Einzug des Lehrervereinsbeitrages. 3. Abschiedsfeier zu Ehren des scheidenden Kollegen Höflich. Um zahlreiches Erscheinen bittet E. Armbruster.

Schönau i. W. Donnerstag, 18. August, nachm. 2 Uhr, freie Konferenz im „Ochsen“ in Todtnau. T.O.: 1. Vortrag des Herrn Fritz-Aitern „Die Ursachen der französischen Revolution“. 2. Einzug rückständiger Beiträge. Der Vors.

Sinsheim. Samstag, 20. August, nachm. 3 Uhr, freie Konferenz im Löwen. T.O.: 1. Fortsetzung des Vortrags „Meine Reiseerlebnisse in Königsberg“ vom Unterzeichneten. 2. Einzug der Lesevereinsbeiträge pro 1904. 3. Gesang. 4. Bestellung des Schulkalenders. Förster.

Triburg. Samstag, 20. August, nachm. 2 Uhr, Konferenz im Museum. T.O.: 1. Vortrag: Das Zeichnen im Unterricht. 2. Wahl der Konferenzbeamten. 3. Verschiedenes. 4. Einzug fälliger Beiträge. Zu zahlreichem Besuche ladet die Kollegen ein Behringer.

Ühlingen. Mittwoch, 17. August, nachm. $\frac{1}{2}$ 3 Uhr, Konferenz im „Brückle“. T.O.: 1. Vortrag. 2. Bibliothek. 3. Verschiedenes. Brecht.

Wiesloch. Mittwoch, 17. August, nachm. 3 $\frac{1}{2}$ Uhr, freie Konferenz auf „Zorns Bierkeller“ in Wiesloch. T.O.: 1. Vortrag des Herrn Morstadt-Walldorf: „Die Einwirkung der Kultur auf die Gesundheit des Menschen“. 2. Standesangelegenheiten. 3. Einzug der Beiträge für Pestalozzi-Verein, Witwen- und Waisenstift, Lehrer- u. Leseverein. Um vollzähliges Erscheinen bittet Grimm.

In unserm Verlage ist erschienen:

Konkordia

Lieder Sammlung für Männerchöre.

Mit Originalbeiträgen

von

A. Adam, A. Bell, J. Brambach, B. Deder, J. Durich, M. Fischer, E. Gagur, A. G. Gerdpacher, Th. Hand, Dr. F. Hegar, F. Hif, S. Hönig, A. Kirchl, C. Kistler, F. Langer, L. Liebe, H. Lutz, F. Neuert, S. Sicking, A. Steinbrenner, F. Steinhart, C. Türl, Waldmann v. d. Au, G. Weber, K. F. Weinberger, J. V. Zerlett, S. Zumppe u. F. Zureich.

Herausgegeben von

Heinrich Hönig.

Das neue Liederbuch „Konkordia“ umfasst in einem Format von 12x18 cm 256 Seiten mit schönem, deutschem Satz und Notenrud auf gutem kräftigen Papier und kostet solid und geschmackvoll gebunden, Rücken und Deckel in Goldprägung nur M. 2.—

Bühl (Baden).

Aktiengesellschaft Konkordia.

Karlsruher Lebensversicherung

auf Gegenseitigkeit

vormalis Allgemeine Versorgungs-Anstalt.

Versicherte Summe: 516 Millionen Mark.

Gesamtvermögen: 180 Millionen Mark.

Vertrag mit dem Badischen Lehrer-Verein.

Dem Lehrer-Witwen und Waisenstift wurden bisher 41 500 Mk. überwiesen.

Wichtig für Brautleute
Preis 40% billiger wie in der Provinz.
Franko-Lieferung
Pracht-Katalog mit über 800 Abbildungen gratis u. franko.
F. ZECH'S MOBEL-FABRIK BERLIN O.
Kleine Andreasstr. 9.
Gegründet 1859. Beamten 6% Rabatt.

Kaffners Apparat

Zur Erklärung der Flächen- und Kubikmaße. — Preis 3 M.

3341.

Konkordia.

Handelslehrerstelle.

Die Stelle eines Handelschulkaufmanns an der städtischen Handelschule dahier soll mit einem Realschulkaufmanns — Gehalt 1800 M. — auf 12. September d. J. besetzt werden.

Bewerbungen wollen unter Anschluß von Zeugnissen umgehend bei dem Vorstände der Handelschule eingereicht werden.

Freiburg im Breisgau, den 9. August 1904.

Die Handelschulkommission:

J. B.:

W. Fischer.

Götinger.

Kein Staub mehr

in geschlossenen Räumen nach Anwendung des vollständig geruchlosen **Fussbodenöls Dustless.**

Höchste Auszeichnungen. Von vielen Regierungen und dem Großh. bad. Oberschulrat empfohlen. Anstrich pro qm 3-8 J. In tausenden Schulen, Bureau, Läden, Heilstätten u. c. seit Jahren in Anwendung. Nur zu beziehen durch **R. Doenoh in Bensheim** (Hessen).

Metzgerschmalz

garant. reines einheimisches Schweineschmalz mit feinem Griebengeschmack in emaillierten Blechgefäßen als: **Cimer** 20-35 Pfd. 53 S, **Ringhafen** 15-20-35 " 53 S, **Schwentffel** 30-40-60 " 53 S, **Zeigschüssel** 15-30-50 " 53 S, **Wassertopf** 20-40- " 53 S. sowie in 10 Pfd.-Dosen a. M. 5.50 geg. Nachn. od. Vorkauf **W. Beurlen jr.** Kirchheim-Teck (Württ.) In Holgeb. Preisl. z. Dienst. Bei Bestellungen Angabe dieser Zeitung und der Bahnstation erbeten. Tausende Anerkennungschriften!

Berlinische Lebens-Versicherungs-Gesellschaft

(Alte Berlinische, gegründet 1836.)

Ältestes preussisches Institut dieser Art.

Vertrag mit dem Badischen Lehrer-Verein seit 1877

wodurch dem Lehrer-Witwen- und Waisensift alljährlich von den Neuversicherungen bedeutende Bonifikationen zugesührt werden können. Kostenlose Auskunft durch

Die Generalagentur: **J. Moosbrugger,** Karlsruhe i. Baden, Parfstr. 27.

Rupert Bauer, Freiburg i. Brsg.

Friedrichstraße 19.

Telephon Nr. 956.

Anfertigung seiner extra Uniformen aller Regimenter unter Garantie tadelloser Sizes und vorschriftsmäßiger Ausführung.

Den Herren Lehrern gewähre auf meine Preisliste einen Extra-Rabatt und günstige Zahlungsbedingungen.

Referenzen aus Lehrerkreisen stehen zu Diensten. Kein Herr der als Einj.-Freiw. dienen will veräume meine Preisliste zu verlangen.

PIANOS HARMONIUMS

Höchster Rabatt Kleinste Raten 20jähr. Garantie. Pianos u. Harmoniums zu vermieten; bei Kauf Abzug der Miete. - Illustr. Kataloge gratis-frei. Spec.: **PIANOS** mit bis jetzt unerreicht guter Stimmhaltung! (Pat. Rud.) **Wilh. Rudolph, Giessen** gegr. 1851.

Gruß an das Badnerland

für Männerchor komponiert von Wilhelm Decker.

Op. 1.

Preis 50 J.

Konfordia.

Bühl.

Druck der Aktiengesellschaft Konfordia in Bühl. Für den Inseratenteil verantwortlich: Direktor G. Dümtg.



Beste Klavierstäbte mit arretierender (Dieb'scher) Schraube, auch billige von 8 M an, eigenes Fabrikat, empfiehlt Fr. Diez, Rheinsheim (A. Bruchsal)



Streichinstrumente aus der Geigenmacherei

Gläsel & Mössner, Markneukirchen (Sachs.) sind anerkannt vorzüglich u. deshalb gut eingef. Versand unter Garantie für tadellose Arbeit und grossen Ton. Umtausch u. Teilzahl gern gestattet. Kompl. Violinen mit Bogen, Holzstui u. sonstig. Zubehör f. Schul- u. Orchestergebr. von M. 10 an. Eigene Reparatur-Werkstätte. Ausführl. Hauptkatalog über alle Arten Instrumente, Saiten etc. umsonst.

Streng reelle und billige Bezugsquelle! In mehr als 150,000 Familien im Gebrauch!

Gänsefedern,

Gänsefedern und alle anderen Sorten Bettfedern. Reueit u. beste Reinigung garantiert! Preiswerte Bettfedern per Pfd. für 0,80; 1 Mark; 1,40. Prima Halbdaunen 1,80; 2,50. Polarfedern: Halbweiß 2, weiß 2,50. Silberweiße Bettfedern 3; 3,50; 4; 5. Schöne weiße Ganzdaunen 2,50. Polar-daunen 3; 4; 5 Mark. Jede beliebige Anzahl jollfrei gegen Nachnahme! Zurücknahme auf unsere Kosten!

in Herford W. **Pecher & Co.** No. 2146. in Westfalen. Proben und Preislisten, auch über Bettstoffe und fertige Betten, kostenfrei. Angabe der Preislagen für Federproben erwünscht!

Hof-Instrumentenmacher Heinrich Kessler, Spezialität im Geigenbau Mannheim

P. 6. 2. P. 6. 2. Gute Violinen mit Rasten und Bogen zu 12-15 M., bessere Qual. 20-25 M. Größte Auswahl sämtlicher Musik-Instrumente, und deren Bestandteile. Reparaturen billigt und gut. Litra P. 6. 2. bitte zu beachten.

Möbel-Fabrik

H. F. Rothweiler, Karlsruhe, 37 Amalienstraße 37

empfiehlt sich bei Bedarf von Möbeln im einfachen und modernen Stil, sowie ganze Ausstattungen zu sehr mäßigen Preisen, prompte Bedienung, günstige Zahlungsbedingungen. Ratensabhlungen nach Uebereinkunft. Kostenüberschläge ohne Verbindlichkeit.

Musikalien!

Größe 27x34, schöner Druck, gutes Papier.

Preis jeder Nummer 10 Pfg.

Cataloge gratis und franco durch

Hack & Co., Karlsruhe, Musikhaus,

Kaiserstrasse 138 (neben Moninger).

Heirat!

Lehrerswitwe in den 40er Jahren, alleinstehend, städtische Erbscheinung wünscht mit einem älteren soliden Herrn nicht unter 50 Jahren behufs späterer Verheiratung in Verbindung zu treten.

Erstgemeinte Auerbieten gefl. unter **H. R.** durch die Expedition dieses Blattes in Bühl erbeten.

Franzöf. Arzt in Orleans möchte auf kommenden Oktober seinen 12-jährigen Sohn auf 1 bis 2 Jahre in einer gebildeten Familie (Pfarrer, Lehrer, Arzt u.) in einer badischen Stadt mit Gymnasium unterbringen. Er würde dafür einen gleichalterigen Knaben, event. auch ein Mädchen, zu sich nehmen. Offerten an Docteur **Chevillot, Orleans** erbeten.

Lehrer (Franzose) sucht für August und September in einer Lehrersfamilie Pension gegen Erteilung französischer Unterrichts.

Adr.: **Mons. Dufresse, Professeur** 34 Rue Saint-Didier Paris 16^{ème}

Zu vermieten

ist ein solid gebautes, freistehendes **Einfamilienhaus** m. umgebendem Garten in Hugsweier bei Lahr. Auskunft erteilt **W. Sch,** Hauptl. in Radolfzell.

Im Selbstverlag des Komponisten erschien soeben:

Missa Sankta Hedwig

Opus 12 für gemischten Chor mit Orgelbegleitung von

Emil Hug, Lehrer in Sandhausen b. Heidelberg.

Uhren, Goldwaren,

Alfende, Musikinstrumente, Photogr. Apparate. Günstigste Bezugsquelle für S. S. Lehrer. Auf Wunsch Zahlungs-erleichterung ohne Preiszuschlag.

Illustrierte Kataloge gratis und frei. **P. Römer, Altona (Elbe)** Mathildenstr. 11 B.

(Vertragsfirma versch. Beamtenverbände)

Deutsche Nähmaschinen

den amerikanischen überlegen & M. 20.- bis M. 30.- billiger kaufen Sie am besten von

Aug. Mappes, Heidelberg.

Verlg. S. Preisl. von Näh-, Strick-, Wasch-, Bring- u. Mangel-Maschinen.

Dieser Nummer liegt bei: Eine Beilage zur „Bad. Schulzeitung“.